Einzelpreis 50 Pfg. · 4. Jahrgang

Sonntag, 13. November 1921

Nummer 532 · Sonntags-Ausgabe

Die „Freiheit" erscheint täglich morgens und nachmittags, Sonntags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus und durch die Post bezogen M. 12.—, im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifband bezogen für Deutschland, Danzig, das Saar- und Memelgebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Luxemburg M. 23.—, für das übrige Ausland M. 30.—

Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 30

Die neungespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum kostet 6,— M. einschließlich Inseratensteuer. Kleine Anzeigen: Das fettgedruckte Wort 2,— M., jedes weitere Wort 1,50 M. einschließlich Inseratensteuer. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Gesuche 3,75 M. netto pro Zeile. Stellen-Gesuche in Wort-Anzeigen: das fettgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,— M.

Fernsprecher: Zentrum 152 30—152 39

Freiheit

Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Eröffnung der Washingtoner Konferenz

Die Rede Hardings

Washington, 12. November.

Präsident Harding hat heute vormittag 11 Uhr in der Continental Memorial Hall die **Konferenz über die Abrüstung eröffnet.** Er bot zu Beginn seiner Begrüßungsrede den verschiedenen Delegationen ein Willkommen. Präsident Harding begründete alsdann den Gegenstand der Konferenz. Die Pflicht der Konferenz sei, die Hoffnungen und Wünsche der Brüderlichkeit, die sich gerade aus dem großen Krieg ergeben hätten, zu verstärken. **Die Welt drohe unter dem Gewicht ihrer Schulden zusammenzubrechen.** Es sei notwendig, daß man die Lasten von ihren Schultern nehme. Alle Männer, die eine wirkliche Beschränkung der Bewaffnung wünschen, verlangten, **daß der Krieg außerhalb des Gesetzes gestellt werde.**

Präsident Harding sprach alsdann von den Vereinigten Staaten und sagte: Wir haben keine Furcht, wir verteidigen keine niedrigen Ziele, wir argwöhnen in niemand einen Feind. Wir wünschen, uns mit Ihnen an eine Tafel zu setzen mit dem guten Willen und mit der Hoffnung auf ein internationales Verstehen. Die Welt verlangt Realisationen. (?) Aber keine Verbesserung kann erzielt werden, ohne daß von allen Völkern Opfer gebracht werden. Wir wollen nicht sagen, daß jede Nation ihre Rechte aufgeben und ihre Freiheit beschränken müsse. Wir können nicht die Aspirationen der Völker verleugnen oder ihre nationale Notwendigkeit ignorieren. Kein notwendiger Stolz darf verletzt noch gedemütigt werden, keine Nationalität soll untergehen. Wir haben begriffen, daß, wenn man sich weniger auf den Krieg vorbereiten würde, wir an beglücktem Frieden einen größeren Reiz finden würden.

Jedoch könne nichts erzielt werden, sagte der Präsident weiter, wenn man gewisse nationale Befürchtungen vernachlässige. Deshalb müßten alle zusammen handeln, damit die Ursachen und Besorgnisse beseitigt werden. Selbst wenn man von den edelsten Gefühlen abstrahiert, und wenn man sich begnügt, der kalten und harten Realität der Tatsachen ins Auge zu sehen, muß man zugestehen, **daß die übertriebenen Ausgaben wie das Rennen um die Bewaffnung auch notwendigerweise dazu zwingen, die Rüstungen herabzusetzen.** Niemals vor dem augenblicklichen Zeitalter sei die Welt in so tragischer Weise zu Einsichten geführt worden, die außerhalb des Bereiches aller eitlen Leidenschaften stünden. Aber der Weg, den man verfolge, werde ein edlerer sein, wenn man die Vernunft, das Gewissen und die Brüderlichkeit reden lasse. Wir haben uns, so fuhr Präsident Harding fort, hier versammelt, um der Humanität zu dienen. Wir hoffen auf tiefes Verstehen, das dazu dienen wird, die Friedensgarantien zu verstärken. Wir haben uns hier vereinigt mit dem Mandat, die Lasten der Völker zu vermindern und endlich eine bessere Ordnung aufzurichten, die der Welt ihre Ruhe geben wird.

Die Beschlüsse der Versammlung würden einen unvergeßlichen Einfluß auf die Zukunft der ganzen Welt ausüben. „Die gegenwärtige Versammlung ist eine Versammlung von Nationen, die von vier Hauptpunkten der Erde herbeigekommen sind und die die Menschheit wieder ins Gleichgewicht zu bringen suchen. Der Aufruf hierzu kommt nicht allein von den Vereinigten Staaten, sondern von der ganzen Welt, denn die vom Kriege heimgesuchte Menschheit hat einen dauerhaften Frieden nötig. Die Menschheit, die durch die zügellose Zerstörung erschüttert wurde, muß die Ursachen dieser Zerstörungen verringern, indem sie an die durch den Krieg verursachten Kosten und an die fortlaufenden Rüstungslasten denkt, was übrigens alle Leute mit gesundem Menschenverstand wünschen. Millionen wünschen, daß ihre Staatsmänner die für die Zerstörung gemachten Ausgaben in solche für den Wiederaufbau umwandeln, und zwar in noch größerer Höhe für die augenblicklich Lebenden und für die, die nach uns kommen.

Deshalb empfangen die Vereinigten Staaten mit aufrichtiger Gesinnung die Mitglieder der Konferenz und wünschen sich mit ihnen in gutem Einverständnis an den Verhandlungstisch zu setzen. **Opfer müssen von allen gebracht werden.**"

Der amerikanische Abrüstungsplan

EE. Washington, 12. November.

Die amerikanische Abordnung wird, wie zuverlässig verlautet, der Konferenz einen Abrüstungsplan vorlegen, dessen große Umrisse die folgenden sein werden:

1. **Großbritannien, Japan** und **Amerika** würden durch eine besondere Abmachung ein Einvernehmen treffen, **das die Rüstungen zur See einschränken soll,** wobei aber die Bedingungen der nationalen Sicherheiten jedes einzelnen Staates in Betracht bezogen werden sollen.

2. Die besondere Lage **Englands** soll nach der Formel anerkannt werden, die Wilson im Jahre 1919 billigte und die darauf hinauslief, **daß Großbritannien seine Macht zur See behalten solle.**

3. **Wegen ihrer territorialen und politischen Interessen** sowie wegen der Länge ihrer Küste im pazifischen Ozean und wegen der Notwendigkeit, die Monroedoktrin auch weiterhin zu verteidigen, **haben die Vereinigten Staaten allen Grund, ihrer Flotte eine solche Stärke zu geben, die der der stärksten Seemacht, also Englands, entspricht.**

4. Durch eine Sonderabmachung werden Großbritannien, Japan und Amerika erklären, daß sie für einen gewissen Zeitraum keine neuen Schiffsbauten unternehmen wollen. Während dieser Zeit wird kein Kriegsschiff vom Stapel gelassen werden, außer, wenn es zum Ersatz entwerteter Schiffe dient. Durch genaue Bestimmungen soll festgelegt werden, wann ein Schiff entwertet ist.

5. Sechs Schlachtschiffe, die sich in den Vereinigten Staaten augenblicklich in Bau befinden, sollen als bereits zur amerikanischen Flotte gehörig betrachtet werden, weil die amerikanische Flotte der Schiffe dieser Kategorie beraubt ist, die aber die Schlüssel zu jeder Seemacht sind, wie sie Großbritannien und Japan bereits besitzen.

6. **Japan und die Vereinigten Staaten verpflichten sich, von einer Befestigung ihrer Gebiete an der Küste des Stillen Ozeans Abstand zu nehmen.**

7. Um ohne weiteren Verzug zu einer Verminderung der Rüstungen zu gelangen, sollen alle entwerteten Schiffe sofort aus dem Register der betreffenden Staaten gestrichen werden.

8. Es sollen Pfänder gegeben werden, damit keine Macht Handelsschiffe bewaffne und sich dadurch auf ungesetzliche Art Kriegsschiffe verschaffe.

Der Fels aus Pappe

Zu Bremen in dem Saal, der den demokratischen Parteitag beherbergt, hängt an der Wand hinter dem Vorstandstisch das Banner der freien Hansestadt links flankiert von der schwarzrotgoldenen Flagge der deutschen Republik, rechts von den schwarzweißroten Farben des alten, kaiserlichen Deutschland.

Daß in dem Saal Reden gehalten werden, ist eigentlich ganz überflüssig. Man braucht sich nur den Wandschmuck anzusehen und man weiß alles. Er wirkt wie ein Witz und ist doch das denkbar beste und bezeichnendste Symbol. Schwarzweißrot und schwarzrotgold brüderlich vereint. Monarchie und Republik verbunden und versöhnt durch das Wahrzeichen eines handelskapitalistischen Gemeinwesens, dessen herrschende Klassen schon in der Vergangenheit stramme kaisertreue Gesinnung mit ihrer geldsack-republikanischen Staatsform sehr gut zu vereinigen wußten.

Zu allem Ueberfluß ist der Parteivorsitzende, Senator Petersen, in der Rede, mit der die politische Aussprache eröffnet wurde, auch noch auf die Flaggen eingegangen. Die Flaggenfrage, so sagte er, habe an und für sich mit Demokratie nichts zu tun. Denen, die an Schwarzweißrot hingen, sei das Herzenssache, und denen, die Schwarzrotgold liebten, sei das auch Herzenssache. Also solle man nicht streiten.

Der Herr Senator spielt den Naiven. Er tut so, als ob es sich nur um ästhetische Meinungsverschiedenheiten über die beiden Couleuren handle, um eine Geschmacksache, über die man unter gebildeten und gesetzten Menschen nicht disputiere. Und er weiß doch ganz genau, daß die Liebe zu dem alten Banner nur die Liebe zu den alten Zuständen bedeutet, daß die Anhänger von Schwarzweißrot der „herrlichen" Kaiserzeit nachtrauern, und sich höchstens deshalb zu den Demokraten rechnen, weil sie es aus diesem oder jenem Grunde für zweckmäßig halten, sich einstweilen mit den „neuen Tatsachen" abzufinden.

Schwarzrotgold — das waren die Farben, die die Demokraten Anno 48 trugen und die sie damals zu den Reichsfarben machen wollten. Wenn die heutigen Demokraten nicht einmal den Entschluß aufbringen, sich zu dem Symbol derer zu bekennen, die sie gern ihre Vorläufer nennen, so ist damit ihre Zuverlässigkeit in der Verteidigung der Republik genügend gekennzeichnet. Die Versicherung des Parteivorsitzenden, man stehe nach wie vor auf dem Boden der demokratischen Republik, genügt jedenfalls nicht, um die Zweifel, die die Angst vor den republikanischen Farben erweckt, zu zerstreuen. Die Demokratische Partei steht auf dem Boden, den sie selbst am allerwenigsten hat bereiten helfen, und den sehr viele ihrer Anhänger wieder verlassen werden, wenn er ihnen nicht mehr sicher und bequem genug dünkt.

Ist sie überhaupt heute noch das, was sie war oder wenigstens sein wollte, als sie unmittelbar nach den Revolutionstagen gegründet wurde? Damals hatten wir den Eindruck, als solle hier eine bürgerlich-radikale Gruppe entstehen, die zwar mit Rücksicht auf ihre Klasseninteressen den Sozialismus ablehne, die aber doch in den Gegenwartskämpfen auf der Linken, an der Seite der Arbeiterschaft halten werde. Was das Fechten angeht, waren wir ja angesichts der Zusammensetzung der Partei aus Splittern der ehemaligen Fortschrittler und Nationalliberalen von Anfang an recht mißtrauisch. Aber wir glaubten, sie würden doch so tun, als ob, und sie würden wenigstens Wert darauf legen, für eine Linkspartei gehalten zu werden. Wer von diesem Irrtum nicht schon längst kuriert war, dem mußte das Verhalten der Demokraten in der letzten Krise, die sie nur heraufbeschworen hatten, um eine Basis für die Vereinigung mit der Deutschen Volkspartei zu finden, die Augen öffnen. Jetzt aber bestätigt der Parteivorsitzende selbst ausdrücklich den Stellungswechsel: wir sind keine Partei der Linken, sondern eine Partei der Mitte.

Ob sich Herr Petersen bei dieser Feststellung vielleicht der Zeit erinnert hat, in der er als Gefolgsmann Theodor Barths vom Block der Linken schwärmte und die Freisinnigen von seiner Notwendigkeit überzeugen wollte? Wahrscheinlich wird er sich heute der Torheiten seiner Jugend schämen. Wie so viele aus seiner Umgebung, die mit dem Wimpel idealistischer Begeisterung am Mast hinausfuhren, ist er als Realpolitiker in den sicheren bürgerlichen Hafen zurückgekehrt. Mit der Sozialdemokratie ist eben doch nichts Rechtes anzufangen. Sie verletzt, wie er auseinandersetzt, berechtigte historische Gefühle. Sie hat falsche Auffassungen über die Schuld am Kriege, sie verwechselt Besitz und Bildung, und sie steht, was Herr Petersen, dem nach eigenem Eingeständnis der Sinn des Sozialismus nicht aufgehen will, nun einmal absolut nicht verstehen und billigen kann, auf dem Klassenstandpunkt.

Mit diesem Klassenkampf [illegible] keine moralischen Eroberungen machen und moralische Eroberungen zu machen, soll Aufgabe der demokratischen Partei sein. Sie erfüllt sie, indem sie die volksparteilichen Antirepublikaner umschmeichelt und eine Politik treibt, die immer wieder die Frage aufwerfen läßt, warum

Das Finanzprogramm der französischen Sozialisten

Paris, 11. November.

Die sozialistische Kammerfraktion wird für den Abschluß der jetzt im Gange befindlichen Finanzdebatte in der Kammer eine Tagesordnung einbringen, in der gesagt wird, die einzige Sparsamkeit, die gestatte, ohne Schaffung neuer Steuern das ordentliche Budget zu decken, bestehe in **der Beseitigung des größten Teils der militärischen Ausgaben.** Diese Operation sei eng verknüpft mit einer beträchtlichen Herabsetzung der Dienstzeit, andernteils aber auch mit einer Friedenspolitik, mit einer Politik internationalen Verständnisses und progressiver Abrüstungen. Die Tagesordnung, die für die Einkommensteuer eintritt, sagt schließlich, **was die Reparationen anbetreffe, so sei Verwendung deutschen Materials und deutscher Arbeiter das einzige Mittel, den Wiederaufbau der ehemaligen Kampfzone ohne neue Anleihen durchzuführen.** Diese müsse vervollkommnet werden durch internationale Kreditoperationen, um Deutschland zu helfen, seinen Markkurs wieder zu heben, damit ihm die loyale Ausführung seiner Verpflichtungen erleichtert werde.

Die Hetze gegen Oerter

Neue Tumulte im braunschweigischen Landtag

Braunschweig, 12. November.

Auch die heutige Sitzung der Landesversammlung mußte nach kurzer Dauer wegen tumultarischer Szenen wieder abgebrochen werden. Der Abg. **Blasius** vom Landeswahlverband setzte seine Kritik an der Tätigkeit des Staatsministeriums fort und erklärte: Minister Oerter habe in seiner Rede im Reichstag falsche Behauptungen aufgestellt, wenn er sagte: **beim Einzug der Braunschweiger Husaren am 5. Dezember 1918 in** Braunschweig hätten 495 Husaren mit Handgranaten geworfen. Dies widerspreche der Wahrheit durchaus. Bei diesen Worten entstand auf der linken Seite des Hauses ein großer Tumult. Der Präsident sah sich schließlich gezwungen die Sitzung abzubrechen und setzte die Weiterberatung auf Montag an.

•

Die fortgesetzten Angriffe, denen unser Genosse Oerter ausgesetzt ist, verstärken den Eindruck, daß man es hier mit einer wohlorganisierten Aktion des Landeswahlverbandes — Deutschnationale bis Demokraten — gegen die sozialistische Regierung zu tun hat. Diese Treibereien gehen ununterbrochen seit Bestehen des sozialistischen Kabinetts. Sie werden mit den gemeinsten Verleumdungen geführt und selbst mit Mordandrohungen wird nicht gespart. Das hat bis jetzt alles nichts geholfen und das reaktionäre Bürgertum Braunschweigs wird auch weiterhin bei der sozialistischen Regierung auf Granit beißen.

Regierungsbesprechungen

W. T. B. teilt mit: Im Anschluß an die neuliche Besprechung des bayerischen Ministerpräsidenten Grafen Lerchenfeld mit dem Reichskanzler fand am gestrigen Sonnabend in deren Anwesenheit und unter Beteiligung des bayerischen Handelsministers Hamm und des Reichsministers Hermes eine weitere Aussprache in der Reichskanzlei über die Ernährungslage und die Teuerungsverhältnisse statt. Hierbei wurde eingehend erwogen, in welcher Weise den bestehenden Mißständen entgegengewirkt werden könnte. Die Erörterungen zeigten eine völlige Einmütigkeit in der Beurteilung der gegenwärtigen Lage. Den von Bayern ausgesprochenen Wünschen sicherte die Reichsregierung weitgehende Berücksichtigung zu.

sie sich denn nicht mit den Stinnesleuten vollständig zusammenschließt.

Die Mitte wollen die Demokraten bilden. Aber nicht so eine einfache Mitte, die die Rechte von der Linken scheidet. Nein, „wir wollen sein", ruft ihr Wortführer aus, „ein fester Fels der Mitte, an dem die Wogen von rechts und links zerschellen" — und er merkt gar nicht, wie komisch er wirkt. Die Demokratische Partei ein Fels im wilden Meer! Wem zittert bei dieser Vorstellung nicht das Zwerchfell? Der Fels ist ein Theaterversatzstück, das auf der einen Seite in schwarzrotgoldenen, auf der anderen in schwarzweißroten Farben prangt. Die Wellen möchten wir sehen, die an ihm abprallen.

• • •

Auf dem Parteitag in Bremen hat es etwas Opposition gegeben. Ihr Wortführer war Hugo Preuß. Sie hat auch eine Resolution eingebracht. Dafür suchten andere Redner, wie der Hamburger Melchior und der Pfarrer Korell — nebenbei auch ein Himmelstürmer von ehedem — die mittlere Linie noch weiter rechts als Petersen. Wirth habe gehen müssen, meinte Melchior, und Korell verfocht die These, daß Stresemann keine ungünstigeren Bedingungen von der Entente erhalten werde als Wirth. Ob über die Resolution schon abgestimmt wurde, wissen wir nicht. Es ist auch belanglos, denn an dem Charakter einer Partei vermag ein Parteitagsbeschluß nichts zu ändern, und die Demokraten werden nach Bremen bleiben, was sie vor Bremen gewesen sind: eine bürgerliche Gruppe, die nur deshalb Bedenken trägt, grundsätzlich mit den Rechtsparteien durch dick und dünn zu gehen, weil die Angst zuweilen ihre Rücksicht auf die kapitalistischen Klasseninteressen überwuchert.

Eine Rede Rathenaus

Auf dem demokratischen Parteitag in Bremen hielt der frühere Wiederaufbauminister Dr. Rathenau eine Rede über „Das Erfüllungsproblem und die deutsche Wirtschaft", in der er u. a. sagte:

Das Markproblem hat jetzt den Vorrang. Es ist ein psychologisches Problem, die Stimmen aus dem Auslande mehren sich, die sagen, die Hoffnung auf die Wiederherstellung Deutschlands werde sich nicht so rasch erfüllen, wie wir es erwartet hatten. Dazu kommt die oberschlesische Katastrophe. Der Verlust Oberschlesiens hat einen großen Teil des wirtschaftlichen Kredits Deutschlands im Auslande verdorben. Heute sind wir in der Lage eines Verkäufers, der darauf wartet, daß ihm seine Ware abgenommen wird. Verkäufer sind wir, aber auf dem gefährlichsten Gebiet. Wir verkaufen unser Geld. Unsere passive Zahlungsbilanz wird jetzt durch nichts gemildert. Der geschlossene Organismus der Weltwirtschaft ist zerbrochen. Länder, die Rohstoffe hatten, verarbeiten sie, und Länder des Konsums wurden Erzeugungsländer. Die Wiederherstellung des früheren Zustandes kann noch lange dauern. Der Entente müssen wir klarmachen, daß wir nur vorwiegend Sachlieferungen leisten können. Der Weg der Goldleistung versagt und kann nur unsere Währung weiter zerrütten. Jede Sachleistung erspart zwar Zahlungsmittel nach außen, fordert aber Zahlungsmittel nach innen und steigert somit die Inflation. Dieses Uebel ist aber das kleinere gegenüber dem Zwang, den fremden Lieferanten von Valuten jeden Phantasiepreis zu zahlen. Ein ernster Einwand gegen das Sachleistungsprinzip ist der, daß der Staat, dem wir Sachleistungen liefern, damit Eigenhandel treibt und uns auf dem Weltmarkt Konkurrenz macht. Diese Gefahr muß vermieden werden, und sie kann es, wenn wir unsere Waren an Gesellen liefern, von denen sie nicht einen Weg in den Welthandel finden. Eine solche Stelle ist das Wiederaufbaugebiet Nordfrankreichs.

Dem Reparationsproblem gegenüber gibt es verschiedene Standpunkte. Der erste ist der der glatten Ablehnung. Wer uns mit diesen Gedanken kommt, von dem fordern wir Antwort auf die Frage: Was kommt hinterher? Und wie trägst du die Folgen? Wer Widerstand predigt, der soll erklären, was er zu tun gedenkt. Der zweite Standpunkt, der der passiven Resistenz, ist noch verwerflicher, weil er schlapp ist und zu den schlimmsten Konsequenzen führt. Wir werden also leisten, und zwar innerhalb der Grenzen, in denen wir leistungsfähig sind. Es ist etwas Großes für uns im Urteil der Welt, wenn wir es in die Hand nehmen, Europa wieder zur Ordnung zu verhelfen. Das ist die Mission Deutschlands. Das ist eine Aufgabe, die für ein Jahrhundert nicht vergebens sein wird. Das sind auch die Grundlagen des Wiesbadener Abkommens.

Auf dem Gebiete der Sachleistungen war Wiesbaden der erste Schritt. Wir werden auch mit anderen Staaten zu ähnlichen Verträgen kommen müssen, die nicht so schwer sein werden, weil es sich da nicht um zerstörte Gebiete handelt. Auch diese Abkommen werden unter vorsichtiger Prüfung unserer Leistungsfähigkeit getroffen werden müssen und mit dem Willen, sie ehrlich zu erfüllen.

Die Passivität unserer Zahlungsbilanz ist das Grundübel, an dem wir leiden. Wir brauchen mehr, als wir produzieren. Zwei Wege gibt es: Erhöhung unserer Produktion und Minderung unseres Verbrauchs. Die Kreditektion der Industrie bedeutet eine große Opferwilligkeit, aber die Form, wie sie jetzt angeboten wird, ist zu bedauern.

Bedingungslos hätte die Industrie ihre Hilfe geben sollen. (Beifall.) Nicht mit der einen Hand geben und mit der anderen nehmen. (Beifall.) Ob die Industrie sich klar gemacht hat, wie ihr Entschluß auf unsere auswärtige Politik wirken kann, gerade am Tage des Zusammentritts von Washington und dem Eintreffen der Reparationskommission in Berlin, ist fraglich. In der Frage der Koalition kann man verschiedene Stellungen einnehmen. Redner ist Anhänger der großen Koalition. Diese werde aber nicht dadurch erreicht, daß man warme Liebeserklärungen mache. (Stürmischer Beifall.) Hier müssen Erwägungen stehen. Er sei sich bewußt, daß er vieles mit der Deutschen Volkspartei gemeinsam habe.

Eine Vorhersage in der politischen Lage zu stellen, sei sehr schwer. Kein Optimismus hinsichtlich Washington und kein Optimismus wegen der Reparationskommission! Er erwarte von beiden keine greifbaren Resultate in naher Zeit. Wir dürfen nicht auf das Ausland hoffen, sondern nur auf uns selbst. Besseren Ausgleich der Steuern; von den Produzenten des Landes Naturalleistungen statt Geld im Sinne des antiken Zehnten. Die jetzige Steuermacherei habe abgewirtschaftet. Die vom Redner gekennzeichneten Ziele seien Aufgaben der Deutschen Demokratischen Partei. Eine solche Politik könne nur national sein. Wir werden bestehen, denn nur der ist verloren, der sich selbst aufgibt. (Stürm. anh. Beifall und Händeklatschen.)

Der Politiker Ludendorff

In der „Kreuzzeitung" jagt Dr. Max v. Szczepanski (dieser urdeutsche Name macht uns bei der Niederschrift erhebliche Schwierigkeiten) in einer Besprechung des zweiten Bandes der Bethmannschen Betrachtungen zum Weltkrieg:

„Reichskanzler v. Bethmann meint in bezug auf General Ludendorff: „Der soldatisch gerichtete Wille, an nichts als an den Sieg zu denken, fand keine Hemmung an der Einsicht des militärisch und politisch Erreichbaren." Es mag zugegeben sein: überlegene politische Weisheit war diesem Feldherrn nicht eigen — aber auch der Kanzler kann sich solcher nicht rühmen."

Dem General Ludendorff, der eben erst ein dickes Buch über Kriegführung und Politik geschrieben hat, wird es wenig angenehm sein, daß ihm gerade in der „Kreuzzeitung" überlegene politische Weisheit abgestritten wird. Wir aber registrieren mit Genugtuung dieses erste, zaghafte Anzeichen besserer Erkenntnis in den deutschnationalen Reihen.

Man merkt die Absicht

Der „unpolitische" Erpressungsplan

Am Freitag haben die ersten Besprechungen zwischen Vertretern der Reichsregierung und der Reparationskommission stattgefunden. Am Sonnabend besprach dann der Reichskanzler mit den Vertretern der einzelnen Ressorts das bisherige Ergebnis dieser Erörterungen. Das ist das, was offiziös in dieser Frage bisher bekanntgegeben worden ist. Einige Blätter haben aber noch irgendetwas anderes läuten hören. So weiß der „Lokal-Anzeiger" von Gerüchten zu melden, wonach das interalliierte Garantiekomitee zur Erklärung der Industriellen Stellung genommen und erklärt haben soll, daß das Industrieprogramm für die Entente nicht annehmbar sei, da so die Sicherheiten des Reiches vermindert würden. Auch nach eigenen Informationen des Blattes soll sich die Reparationskommission tatsächlich gegen die Erklärung der Industrie ausgesprochen haben, doch sei fraglich, ob die Reparationskommission oder das Garantiekomitee sich bereits durch einen Beschluß festgelegt habe.

Man merkt die Absicht dieser „Gerüchte" und „Informationen". Gegen den Erpressungsversuch des Großkapitals erhebt sich der einmütige Widerstand aller nichtkapitalistischen Kreise, von den sozialistischen Parteien bis zu den proletarischen Kreisen des Zentrums. Nun soll es so dargestellt werden, als ob sich die Ablehnung der Bedingungen der Industriellen durch die gewaltige Mehrheit des deutschen Volkes mit den Wünschen der Entente decke und daß daher jeder, der sich gegen die Portemonnaieinteressen des Herrn Stinnes und der Seinen wende, antinationaler Gesinnung verdächtig sei. Bei den arbeitenden Massen wird diese Stimmungsmache keinen Eindruck erwecken. Sie wissen ganz genau, wo die wirklich vaterlandsfeindlichen Elemente zu suchen sind: in jenen Kreisen, die lieber das deutsche Reich in Trümmer zerfallen lassen, als daß sie auch nur auf einen Teil ihres Besitzes zugunsten des Volksganzen verzichteten.

Von einer anderen Seite faßt die „Tägliche Rundschau", die geistig jetzt gleichfalls zu den stinnesierten Blättern gehört, die Sache an. Sie behauptet, es sei verfehlt, die Kredithilfe der Industriellen parteipolitisch zu behandeln. Deswegen sei es auch falsch, daß der Reichskanzler mit den Vertretern der Parteien über diese Frage sprechen will, „weil die Parteien leider im allgemeinen nicht anders als parteipolitisch über diese Dinge zu denken vermögen". Die Deutsche Volkspartei und die Deutschnationalen hätten sich dazu entschlossen, von Partei wegen keine direkte Stellung zu dem Vorschlag der Industrie zu nehmen, „zumal der Reichsverband auf eine möglichst unpolitische Behandlung der Angelegenheit den größten Wert legt." Wir kennen diese Weise: früher hieß sie: das Vaterland über der Partei, heute soll der Geldsack des Großkapitals über den Parteien schweben. Die Industriellen sind ja parteipolitisch ganz harmlose Leute. Sie kaufen wohl die „öffentliche Meinung" auf, sie beherrschen mit ihren Geldern die Deutschnationale Partei ebenso wie die Deutsche Volkspartei, aber das geschieht alles hinter den Kulissen. Treten sie auf die offene Bühne, so hüllen sie sich in die Toga der Vaterlandsfreunde, die mit Parteipolitik nichts zu tun haben wollen. Die Arbeiter aber wissen sehr wohl, was sich hinter diesem Mäntelchen versteckt: die hemmungslose Raffgier des großen Kapitals, und sie werden um so energischer an der Forderung festhalten, daß der Erpressungsplan der Industriellen mit der schonungslosen Heranziehung des Besitzes zu den Lasten des Reiches beantwortet wird.

Die Bayerische Volkspartei gegen die Entstaatlichung der Eisenbahnen

TU. München, 12. November.

Es ist bemerkenswert, in welcher Weise die Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei, also das Organ der größten politischen Partei Bayerns, sich zu dem Plan einer Entstaatlichung der Reichseisenbahnen äußert. Die Korrespondenz veröffentlicht einen Artikel aus maßgebender Quelle, worin auf das gewaltige Heer der Beamten, Angestellten und Arbeiter hingewiesen wird, deren Existenz und soziale Wohlfahrt den Reichsverkehrsbetrieben anvertraut sind. Die Erregung, welche sich dieser Kreise, die einen großen Teil der deutschen Gesamtbevölkerung darstellen, bemächtigt habe, sei durchaus begreiflich. In politischer Beziehung könne es nicht gleichgültig sein, ob in entscheidenden Augenblicken das gewaltige Instrument der Verkehrsbetriebe sich in den sicheren Händen des Staates oder unter dem Einfluß von Magnaten der Industrie und der Börse befindet. Der Schritt der deutschen Industrie sei mit Nachdruck abzulehnen wegen der Gefahren, die er für das deutsche Volk in sich berge.

Die verweigerte Einreiseerlaubnis

Ein Schreiben Lord d'Abernons

Wir haben bereits in der gestrigen Abendausgabe der „Freiheit" davon Mitteilung gemacht, daß dem stellvertretenden deutschen Bevollmächtigten für Oberschlesien, Staatssekretär Dr. Lewald, und dem preußischen Generalbevollmächtigten, Unterstaatssekretär Dr. Göppert, die Einreiseerlaubnis nach Oberschlesien verweigert worden ist.

Ueber die Gründe gibt ein Schreiben des englischen Botschafters Lord d'Abernon an die Reichsregierung näheren Aufschluß, das folgenden Wortlaut hat:

„Die Interalliierte Plebiszitkommission in Oppeln hat erfahren, daß die deutsche und die polnische Regierung beabsichtigen, Delegierte in das Abstimmungsgebiet zu entsenden, um als Vorbereitung für die wirtschaftlichen Verhandlungen Erkundigungen anzustellen. Die Interalliierte Kommission ist einstimmig der Ansicht, daß derartige Untersuchungen im gegenwärtigen Augenblick in Oberschlesien durch Delegierte beider interessierten Mächte im Hinblick auf die Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung mit unangenehmen Folgen verbunden sein würden.

Die Interalliierte Kommission schlage deshalb vor, die Besprechungen in deutschen oder polnischen Städten stattfinden zu lassen, die in der Nähe des Abstimmungsgebietes liegen. Dorthin können die Regierungen von Berlin und Warschau solche Persönlichkeiten aus Oberschlesien berufen, die sie zu befragen wünschen."

Im Anschluß an die Mitteilung über die Ansicht der Interalliierten Kommission an den Herrn Minister des Auswärtigen erlaubt sich der britische Botschafter der Ueberzeugung Ausdruck zu geben, daß die deutsche Regierung sich dieser begründeten Auffassung nicht verschließen wird."

In einigen Blättern wird der Auffassung Raum gegeben, daß die Verweigerung der Einreiseerlaubnis eine Schikane gegen Deutschland darstelle. Das ist nach der Darstellung des englischen Botschafters nicht der Fall. Ebenso wie der deutschen ist der polnischen Regierung der Rat gegeben worden, ihre Untersuchungen in der Nähe des Abstimmungsgebietes anzustellen, nicht in Oberschlesien selbst; man kann also nicht behaupten, daß die Interalliierte Kommission einseitig gegen Deutschland vorgegangen ist. Ob die Furcht vor einer Störung der Ruhe begründet ist oder nicht, ist nebensächlich, es kommt der Kommission lediglich darauf an, jede Störung der Durchführung der Beschlüsse des Völkerbundsrats und der Entente zu verhindern. Man mag also die Maßnahme der Kommission für unzweckmäßig halten, aber man soll doch endlich damit aufhören, jede Handlung, die von den Organen der Alliierten ausgeht, als einen bewußt unfreundlichen Akt gegenüber Deutschland zu bezeichnen.

Im übrigen wird mitgeteilt, daß die eigentlichen Verhandlungen der oberschlesischen Kommission wahrscheinlich in Wien stattfinden werden.

Von Görlitz zum Boelitz

Das ist die Volkspartei, so sieht sie aus

Der rechtssozialistische Landtagsabgeordnete Erich Kuttner untersucht in der neuesten Nummer der „Glocke" die Regierungsbildung in Preußen vom Gesichtswinkel des Görlitzer Beschlusses zur Koalitionsfrage. Kuttner ist Gegner des Görlitzer Beschlusses und Gegner der durch Kuppelei zustande gekommenen Paarung zwischen Rechtssozialisten und Stinnespartei. Er bezeichnet den Görlitzer Beschluß als die Urquelle des unseligen Entschlusses der rechtssozialistischen Landtagsfraktion. Wer jetzt erkläre, daß er sich die praktische Auswirkung dieses Beschlusses anders vorgestellt habe, der beweise nur, daß seine politische Urteilskraft mangelhaft gewesen sei, denn sonst hätte er die nunmehr eingetretenen Folgen voraussehen und dementsprechend handeln müssen. Wenn von manchen Genossen, die jetzt die Wirklichkeit erschreckt habe, behauptet würde, der Entschluß der preußischen Landtagsfraktion entspreche nicht dem Görlitzer Beschluß, so müsse diesem erneuten Selbstbetrug die Wahrheit entgegengehalten werden: Gerade das ist Görlitz!

Kuttner weist dann nach, daß die „große Koalition" in Preußen gar nicht anders aussehen konnte, und daß es daher auch zwecklos sei, Klagen über die von der Deutschen Volkspartei bestimmten Minister Boelitz (Kultus) und Dr. v. Richter (Finanzen) anzustimmen. „Man klagt jetzt", so schreibt er, „wie die Deutsche Volkspartei zwei solche Reaktionäre ins Kabinett habe entsenden können. Ja, so ist eben die Deutsche Volkspartei, so sieht eben eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei praktisch aus! Man kann doch wohl nicht eine Koalition mit der Deutschen Volkspartei eingehen, ohne volksparteiliche Minister ins Kabinett zu nehmen. Wenn das ginge, hätte wohl niemand etwas dagegen einzuwenden." Weiter stellt Kuttner fest, daß Männer wie Richter und Boelitz innerhalb der Volkspartei keine Ausnahmen seien. Es sei ganz ausgeschlossen, aus der Liste der volksparteilichen Preußenfraktion zwei den Rechtssozialisten genehme Minister auszusuchen. Wer den Versuch unternehmen würde, käme bald in die schauderhafteste Verlegenheit. Boelitz und Richter seien durchaus keine Sondererscheinungen, sondern nichts mehr und nichts weniger als typische Vertreter der Volkspartei.

Damit hat Kuttner der „großen Koalition" das Urteil gesprochen. Nicht auf die Person kommt es an, sondern auf den Geist, der eine Partei beherrscht, und der Geist der Volkspartei ist der Ungeist des Monarchismus und der Reaktion. Daran ist nichts zu ändern. Der Görlitzer Beschluß hat der Paarung mit der Volkspartei die Wege geebnet, nicht nur für Preußen, sondern auch für das Reich und die Einzelländer und damit der deutschen Arbeiterbewegung den schwersten Schaden zugefügt, von dem sie sich nur freimachen kann, wenn von unten auf sich der Widerspruch der Massen in so kräftiger Weise regt, daß dieser Betrug so schnell wie möglich wieder gutgemacht wird.

Gegen den Möchtegernkönig

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

München, 12. November.

Die S. P. D. Bayerns erläßt heute eine Kundgebung an die Adresse Rupprechts von Wittelsbach, in der es heißt:

Rupprecht von Wittelsbach, der ehemalige Kronprinz von Bayern, hat den Beisetzungstag seiner Eltern dazu benutzt, in verschleierter Form verschleierte Ansprüche auf einen nicht mehr bestehenden Königsthron in Bayern zu erheben. Pflicht der bayerischen Regierung als Hüterin der Verfassung wäre es gewesen, die in der Kundgebung erhobenen Ansprüche sofort entschieden zurückzuweisen. Das ist bis heute nicht geschehen. Die Verwirklichung der Wünsche Rupprechts könnte nur um den Preis der Zerreißung Deutschlands erkauft werden.

Die Kundgebung schließt: Wir wissen, daß sich die Absichten und Pläne Rupprechts von Wittelsbach und der hinter ihm stehenden partikularistisch-monarchistischen Geschäftspolitiker wenn überhaupt, so nur mit Hilfe des Auslandes verwirklichen lassen. Ein Sturm der Entrüstung ganz Deutschlands würde im Ernstfalle die monarchistischen Unruhestifter hinwegfegen. Die Untertanen sind zu Bürgern erwacht, Rheinbundmonarchien von Frankreichs Gnaden werden nicht wieder erstehen. Dafür sorgt das gesamte freiheitlich gesinnte deutsche Volk und vor allem die deutsche und bayerische Arbeiterschaft.

Ein korrigierter Fehler

Unser Genosse Dr. Breitscheid richtete kürzlich eine Anfrage an die Regierung, in der er darauf hinwies, daß dem hervorragenden dänischen Dichter Martin Andersen-Nexö die Einreiseerlaubnis von den deutschen Behörden verweigert wurde. Andersen-Nexö hatte den Aufenthalt in Deutschland zu Kurzwecken erbeten, da er schwerkrank ist. Wie jetzt mitgeteilt wird, ist ihm am 7. d. M. die Genehmigung zur Einreise erteilt worden.

Kleine Nachrichten

Der Ankauf von Gold für das Reich durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 14. bis 20. d. M. zum Preise von 850 M. für ein 20-Markstück, 425 M. für ein 10-Markstück. Für die ausländischen Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt.

Neuwahl der badischen Regierung. In der Freitagssitzung des badischen Landtages stimmte das Haus nach einem Berichte des Abgeordneten Dr. Zehnter (Ztr.) den Anträgen des Wahlausschusses, die Wahl zum badischen Landtag für gültig zu erklären, bei Stimmenthaltung der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und der Unabhängigen, gegen die Stimmen der Demokraten zu. Da das Mandat der badischen Regierung infolge der Neuwahl des badischen Landtages abgelaufen ist, findet in der nächsten Sitzung, am Freitag, den 18. November, die Neuwahl der Regierung statt.

Der 13. November in Sachsen

Der heutige Sonntag ist für die sächsische Arbeiterschaft ein Großkampftag. In den Städten Leipzig, Dresden, Meißen, Oschatz, Mittweida, Grimma, Wurzen und einer großen Anzahl kleinerer Städte und Landgemeinden finden die Neuwahlen zu den Gemeindeparlamenten statt. In den meisten dieser Gemeinden haben seit dem Anfang des Jahres 1919 keine Neuwahlen stattgefunden, so daß es von außerordentlichem Wert für die Beurteilung der Parteiverhältnisse in Sachsen ist, welchen Ausgang diese Gemeindewahlen nehmen werden. Zugleich aber liegt in diesem Umstand die Schwierigkeit begründet, über den möglichen Ausgang der Wahlen irgend etwas vorherzusagen. Eine kurze Betrachtung der Lage in Dresden und Leipzig möge einige Anhaltspunkte dafür geben, welche außerordentliche Bedeutung den Kommunalwahlen in Sachsen beizumessen ist.

In Dresden hat sich am 9. Februar 1919 bei einer Wahlbeteiligung, die bedeutend geringer war als die zur Volkskammer und Nationalversammlungswahl, folgendes Verhältnis der Parteien ergeben: Die S. P. D. erhielt 39 Sitze, die U. S. P. 4 Sitze, die bürgerlichen Parteien 41 Sitze. Es war also eine sozialistische Mehrheit von zwei Stimmen, die besonders der sozialdemokratischen Partei als der stärksten Fraktion die Pflicht auferlegt hätte, eine konsequente sozialistische Kommunalpolitik zu treiben, um durch ein Zusammengehen mit der Unabhängigen Fraktion in allen entscheidenden Fragen die Interessen der arbeitenden Bevölkerung zu wahren. Statt dessen aber hat in Dresden, das ja als der Sitz einer außerordentlich rechtsorientierten Richtung, die am besten mit dem Namen Gradnauer bezeichnet wird, bekannt ist, die Sozialdemokratische Partei in den meisten Fragen gemeinsame Politik mit den 14 Demokraten getrieben. Dadurch war die Lage der kleinen Fraktion der U. S. P. zwar außerordentlich schwer, sie hat aber durch ihre tapfere Haltung immer wieder dafür gesorgt, daß die halbbürgerliche Politik der rechtssozialistischen Stadtverordnetenfraktion in Dresden als für die Arbeiterklasse schädlich erkannt wurde. Wie sich die Zusammensetzung des neuen Stadtparlaments gestalten wird, läßt sich aus den schon oben angeführten Gründen auch nicht annähernd voraussagen. Das eine aber wird wohl feststehen, daß die Demokraten kaum wieder 14 Sitze erhalten werden, da wohl auch in Dresden sich die allgemeine politische Entwicklung in einem Ruck nach rechts auch innerhalb des Bürgertums auswirken wird. Wie sich das Verhältnis der Arbeiterparteien in Dresden gestalten wird, läßt sich ebenfalls schwer sagen; beobachtet man die sozialistische Presse, so scheint es, als ob der Görlitzer Beschluß und die unentwegte Koalitionspolitik der S. P. D. die Massen doch aufgerüttelt haben. Das Entscheidende aber muß sein, daß die bürgerlichen Parteien nicht zu einer Mehrheit gelangen dürfen.

In Leipzig saßen im Stadtverordnetenkollegium 33 Stadtverordnete der U. S. P., von denen nach der letzten Spaltung eine Stadtverordnete Kommunistin wurde, die S. P. D. hatte 6 Vertreter. Diesen 39 sozialistischen Vertretern standen 33 bürgerliche gegenüber, und zwar 5 Deutschnationale, 7 der Wirtschaftlichen Vereinigung, 4 der Privatangestellten und 17 Demokraten. Da sich die Leipziger Arbeiterbewegung durch die zielklare Politik der U. S. P. in einer verhältnismäßig besseren Situation befindet als die Arbeiterbewegung im Reiche, so steht zu hoffen, daß unsere Partei, wie die Arbeiterparteien überhaupt, stark aus den Wahlen hervorgehen und eine bürgerliche Mehrheit verhindert wird. Die Leipziger Arbeiterschaft hat in den Ergebnissen der Kommunalpolitik unserer Partei außerordentlich wertvolle Errungenschaften und Erfolge zu verzeichnen. In der Frage der Kommunalisierung, die gerade im Leipziger Stadtparlament eine wesentliche Rolle gespielt hat, haben die Vertreter unserer Partei sehr viel erreicht. Außer der Straßenbahn, die in Leipzig städtisch ist, sind auch städtische Güter in Eigenbewirtschaftung genommen worden. Die vier Güter in Eigenbewirtschaftung mit einer Anbaufläche von 475 Hektar haben im Wirtschaftsjahr 1919/20 einen Ueberschuß von 451 392 M., im dreivierteljährigen Wirtschaftsjahr 1920/21 sogar schon einen Ueberschuß von 490 135 M. erzielt. Sechs Güter der Stadt sind noch verpachtet, die bei einer Anbaufläche von 1013 Hektar der Stadt insgesamt für ein volles Jahr nur 108 963 M. gebracht haben. Ein besserer Beweis für den Vorteil der Eigenbewirtschaftung kann wohl nicht erbracht werden. Weitere Erfolge der Kommunalisierung sind erzielt worden durch die Verstadtlichung des Zoologischen Gartens und des Palmengartens. Während der Zoologische Garten vor dem Kriege und während des Krieges Zuschüsse erforderte, die in die Hunderttausende gingen, ist im ersten Jahre des städtischen Betriebes aus der Gastwirtschaft des Zoologischen Gartens 600 000 M. Ueberschuß erzielt worden. Weiter sind in Leipzig verstadtlicht das Rettungswesen und die Kinderkrippen. Es würde zu weit führen, wollte man die erfolgreiche Kommunalpolitik der U. S. P. in Leipzig ausführlicher darlegen. Die angeführten Zahlen lassen aber schon erkennen, welche gute und sichere Position die Leipziger Arbeiterschaft zu verteidigen hat und welche außerordentliche Bedeutung über den Rahmen Sachsens hinaus die heutigen Kommunalwahlen haben.

Für die Kommunalwahlen in Leipzig und Dresden ist übrigens charakteristisch, daß das Bürgertum die Wahlen durchaus als einen Klassenkampf führt.

In Dresden sind außer den drei sozialistischen Wahlvorschlägen, die sich nach Parteien sondern, drei bürgerliche Wahlvorschläge eingereicht, eine Angestellten- und eine Beamtenliste und eine sogenannte „Einheitsliste". Während die beiden ersten Listen für den Gimpelfang berechnet sind, ist die letzte, die Einheitsliste, ein Beweis dafür, daß das Bürgertum auch in der Kommune durchaus gemeinsame Interessen seiner Klasse vertritt.

Dieselbe Erscheinung ist in Leipzig zu beobachten. Außer dem Wahlvorschlag der S. P. D., der U. S. P. D. und K. P. D. sind eingereicht ein Wahlvorschlag der Deutschsozialen Partei (Richtung Knüppel-Kunze), eine „wirtschaftspolitische Gemeinschaftsliste" und eine Liste der Demokratischen Partei. Die beiden zuletzt genannten bürgerlichen Listen sind aber verbunden worden, so daß neben dem deutschnationalen Antisemiten Boerner der jüdische Bankier Meyer gleichzeitig als Interessenvertreter des Bürgertums kandidiert. Diese Stellung des Bürgertums erleichtert der Arbeiterbevölkerung wesentlich die Entscheidung und bringt sie von selbst zur Erkenntnis, daß auch in der Kommune ein Klassenkampf des Proletariats gegen das Bürgertum geführt werden muß.

Es besteht begründete Hoffnung, daß sich die Arbeiterschaft des früheren „roten Königreichs", die so viele Jahrzehnte im Kampfe ihren Mann gestanden hat, auch in diesem Kampfe der unermüdlichen Reaktion beweisen wird, welche Zähigkeit und Energie der sächsischen Arbeiterschaft innewohnt. Die Arbeiter in Sachsen sind sich bewußt, daß die Augen der Arbeiterklasse ganz Deutschlands heute auf Sachsen gerichtet sind und der Ausgang des Kampfes überall mit Spannung und Interesse erwartet wird.

Die Industrie kauft alles

Unternehmertum und Presse

In Deutschland ist es mit der Selbständigkeit und Unabhängigkeit der Presse längst nicht mehr weit her. Die „Großmacht Presse" ist heute in Wirklichkeit eine Macht in den Händen des Großkapitals, das die öffentliche Meinung ebenso als einträgliches und doppelt nützliches Geschäft betreibt, wie die Herstellung von Maschinen usw. Die Stinnesierung der deutschen Presse hat einen Umfang angenommen, der geradezu verheerend auf die Gestaltung der politischen Bildung und Meinung des deutschen Volkes wirkt. Die Resultate sind nur zu deutlich merkbar.

Es erhebt sich die Frage: Wer redigiert die bürgerliche Presse? Sind das noch selbständig denkende und nach eigenem Urteil entscheidende Journalisten oder sind es gewöhnliche Soldschreiber des Großkapitalismus? Die Antwort auf diese Frage wird gegeben in einem Rundschreiben, das der „Verein deutscher Zeitungsverleger" vor längerer Zeit an seine Mitglieder gerichtet hat. Es lautet:

„In der letzten Zeit sind wiederum häufig Fälle vorgekommen, daß Fragen, die die wirtschaftlichen Interessen der Zeitungsverlage und der Zeitungsverleger in ihrer Eigenschaft als Unternehmer und Arbeitgeber berühren, **im redaktionellen Teil der Zeitungen zu wenig vom Standpunkt des Verlegers aus behandelt worden sind.**

Diese Frage gibt uns Veranlassung, an unsere Vereinsmitglieder im allgemeinen wie auch im eigenen Interesse, die dringende Bitte zu richten, sorglam darauf zu achten, daß Ausführungen im redaktionellen Teil über derartige Fragen — wie beispielsweise Papierfrage, Betriebsrätegesetz, Arbeitsnachweisgesetz, Postzeitungsgebühren, Arbeitnehmerfragen — nur in einer **vom Verleger vorher genehmigten Fassung in der Zeitung Aufnahme finden.** In jedem einzelnen Falle muß sich der Verleger im übrigen die Frage vorlegen, **ob eine Erörterung der Angelegenheit überhaupt oder zeitig zweckmäßig ist.**"

Man beachte zweierlei: Einmal, daß der „Verein deutscher Zeitungsverleger" nicht die erstbeste Organisation ist, sondern die Verlage aller einflußreichen Blätter umfaßt und daß seinen Anordnungen meist peinlich nachgekommen wird. Sodann, daß der Hauptnachdruck auf die reinen Arbeiterfragen, wie Betriebsrätegesetz, Arbeitsnachweisgesetz und Arbeitnehmerfragen schlechthin gelegt ist. Das sagt alles. Es sagt klipp und klar: Die bürgerliche Presse ist verpflichtet, alle einschneidenden wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen nur vom Standpunkt des Unternehmertums aus zu behandeln. Die Bearbeitung dieser Angelegenheiten wird der alleinigen Beurteilung und Entscheidung der Redaktionen entzogen und dem Unternehmer, hier also dem Verleger, unterstellt.

Wird diese Anweisung allgemeine Praxis — und sie ist es heute schon in einem bedenklichen Maße — dann ist es aus auch mit der bescheidensten Unabhängigkeit der Presse, dann sind die bürgerlichen Zeitungen nichts weiter als die bezahlten Schildhalter der Großkapitalisten und des großen Unternehmertums. Es handelt sich hier um eine außerordentlich ernste Sache, eine Angelegenheit von grundlegender Bedeutung für die politische Beeinflussung der Oeffentlichkeit. Man vergegenwärtige sich, daß künftig nicht mehr das allgemeine sachliche Interesse an der Darstellung der in der Presse zu erörternden Probleme maßgebend sein wird, sondern das nackte Herrenrecht des Unternehmers. Das bedeutet für die Durchdringung der deutschen Oeffentlichkeit mit sozialem Verständnis, an der es bei uns so sehr mangelt, geradezu eine Katastrophe.

Wir wollen nicht weiter ausspinnen, wie die Redakteure der bürgerlichen Zeitungen sich dazu stellen. Abgesehen von schüchternen Abwehrversuchen hat man von ihnen noch nichts Entschiedenes gegen diese Untergrabung der journalistischen Freiheit und Unabhängigkeit gehört. Schlucken sie auch das, nun, dann haben sie sich eben selbst ihr Signum gegeben: nämlich das der Gesinnungslumperei.

Als riesengroße Warnung steht dieses Vorgehen der Zeitungsverleger aber vor der Arbeiterschaft. Welcher Arbeiter, Angestellte und Beamte kann es mit seiner Ehre, von dem selbstverständlichen Gefühl der Solidarität ganz abgesehen, noch vereinbaren, Abonnent einer Presse zu sein, die bewußt auf die Verzerrung und Verstümmelung seiner elementarsten Rechte eingestellt ist, die nicht nur aus politischer Gegnerschaft, sondern aus gewollter wirtschaftlicher Herrschsucht die ganze öffentliche Meinung in arbeiterfeindlichem Sinne bearbeitet? Der Arbeiter, Angestellte und Beamte, der künftig noch Abonnent einer bürgerlichen Zeitung bleibt, verrät seine eigene Klasse und stärkt mit seinem Geld die Existenz seiner schlimmsten Feinde. Für jeden Lohn- und Gehaltsempfänger gibt es nur eine Antwort auf das Vorgehen der Zeitungsverleger: Fort mit der bürgerlichen Presse, lest und abonniert nur die Arbeiterpresse!

Die Teuerungswelle

Die Großhandelsindexziffer des Statistischen Reichsamts ist unter dem Einfluß der katastrophalen Markentwertung von 2067 im Durchschnitt des Monats September auf 2450 im Durchschnitt des Monats Oktober emporgeschnellt. Die Preissteigerung ist allgemein, und zwar stiegen Getreide und Kartoffeln von 2016 auf 2580, Fleisch, Fische, Fette von 1943 auf 2325, Kolonialwaren von 2317 auf 3099, landwirtschaftliche Erzeugnisse und Lebensmittel zusammen von 2029 auf 2417, ferner Häute und Leder von 3727 auf 4539, Textilien von 3070 auf 4176, Metalle von 2096 auf 2965, Kohle und Eisen von 1830 auf 1883, Industriestoffe zusammen von 2155 auf 2539, die vorwiegend im Inlande erzeugten Waren (Getreide, Kartoffeln, Fleisch, Fisch, Fette, Kohle, Eisen) von 1962 auf 2235, die vorwiegend aus dem Auslande eingeführten Waren von 2643 auf 3585. Der Dollar stieg im Durchschnitt des Monats Oktober gegenüber September in Berlin um 42,9 Prozent; ihm folgten unmittelbar die Einfuhrwaren mit einer Preissteigerung um 35,6 Prozent, während sich das Preisniveau der Inlandswaren gleichzeitig um 14,5 Prozent hob.

Die Zahlen geben nur das Bild der Teuerung vom Oktober wieder. Im November sind, wie wir in unserem Leitartikel in der Morgenausgabe vom Sonnabend schon mitteilten, weitere erhebliche Steigerungen zu verzeichnen. Auch alles übrige, was wir am Sonnabend über das Verhältnis der Löhne zu den Preisen schrieben, wird durch diese Zahlen von neuem bestätigt. Inzwischen ist in Gestalt der Bewegung der städtischen Arbeiter auch der spontane Streik als Merkmal der wachsenden Not der Massen eingetreten. Auch die Forderung der Sonderbeihilfe spielt hierbei die Rolle, die wir ihr in unserem Artikel zugewiesen haben. Die ganze Bewegung wirkt wie eine praktische Demonstration zu unseren Ausführungen, und sie ist durchaus verständlich, nur sollte ihre Führung sich bemühen, weniger gegen die notwendigen Grundsätze des gewerkschaftlichen Kampfes zu verstoßen, wie wir an anderer Stelle des Blattes darlegen.

Dennoch ist diese Bewegung eine Warnung. Wenn sich die Teuerung hemmungslos weiterentwickelt, dann wird es nicht bei diesem Fall bleiben. Zahlreiche andere werden folgen müssen, das Elend der Massen wird sich endlos steigern, wenn nicht die Regierung sogleich Maßnahmen trifft, um der weiteren Entwertung der Mark entgegenzuwirken und auch andere Vorkehrungen gegen die Teuerung, die neben dem Kurssturz auch andere Ursachen hat, zu treffen. Auf die anderen Ursachen, insbesondere die Lebensmittelteuerung, hat erst am Freitag unsere Genossin Wurm im Reichstag verwiesen, und entsprechende Anregungen sind von unserer Fraktion ebenfalls gemacht worden. Jetzt kommt es auf schnelles Handeln an.

Die Beamtenbewegung

Der Eisenbahnervorstand zu den Besoldungsfragen

Auf der Tagung des **Erweiterten Vorstandes des Deutschen Eisenbahnerverbandes** gelangte nach langen und mit großer Heftigkeit geführten Verhandlungen durch Mehrheitsbeschluß folgende Entschließung zur Annahme:

„Der am 5. und 6. November 1921 in Berlin versammelte Erweiterte Vorstand des Deutschen Eisenbahnerverbandes hat in gründlicher Beratung zu dem Verhandlungsergebnis Stellung genommen. Er erkennt an, daß die Verhandlungskommission der Gewerkschaften sich die größte Mühe gegeben hat, im Sinne der am 26. Oktober der Reichsregierung übermittelten Forderungen, **die berechtigten Wünsche der Gehalts- und Lohnempfänger zur Durchführung zu bringen.** Trotz tagelanger harter Auseinandersetzungen mit den Regierungsvertretern gelang es nicht, die Forderungen restlos zur Erfüllung zu bringen.

Unter Berücksichtigung des Umstandes, daß die Sachlage noch nicht genügend geklärt ist, beauftragt der Erweiterte Vorstand den engeren Vorstand, die Bewegung selbständig zu Ende zu führen; unter allen Umständen aber dafür zu sorgen, daß die Kollegen **sobald als möglich in den Genuß neuer erhöhter Bezüge kommen.**"

Die Erhöhung der Margarinepreise

Besprechungen im Ernährungsministerium

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft fand gestern unter Leitung des Ministerialdirektors Dr. Hoffmann eine Konferenz über die Erhöhung der Margarinepreise statt, in der Gelegenheit zu einer eingehenden Aussprache geboten wurde. An den Beratungen nahmen Vertreter des Margarineverbandes, der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsrichtungen teil. Seitens der Produzenten wurden unter Vorlegung statistischen Materials die Gründe dargelegt, die eine Heraufsetzung des Margarinepreises notwendig gemacht haben. Mit Nachdruck wurde auf Erzeugerseite darauf hingewiesen, daß der schlechte Stand der deutschen Valuta gerade bei der Margarinefabrikation einen so starken preissteigernden Einfluß ausübt, weil fast sämtliche Rohstoffe aus dem Auslande bezogen werden müssen. Denn von dem Gesamtpreis der Margarine entfällt nur ein verhältnismäßig geringer Teil — etwa ungefähr ¼ des Wertes — auf Unkosten, Löhne, Frachten und sonstige Spesen, die zwar auch an sich erheblich teurer geworden sind, aber doch in deutscher Währung gezahlt werden. Dagegen stellen die fast ausschließlich aus dem Auslande eingeführten Rohstoffe die übrigen vier Fünftel des Wertes der Margarine dar. Eine Gegenüberstellung der Preise, die für ausländisches Rohmaterial (Oele und tierische Fette) am 1. November und am 11. November gezahlt werden mußten, ergab eine ganz ungewöhnliche Verteuerung innerhalb dieser kurzen Zeit.

Die Vertreter der Margarineindustrie erklärten sich bereit, beim Margarineverband dahin zu wirken, daß bei künftigen Preisfestsetzungen Vertrauensleute der Arbeitsgemeinschaft der Verbraucherverbände und der drei Gewerkschaftsverbände hinzugezogen werden. Die genannten Organisationen werden zu diesen Beratungen Vertreter entsenden, die imstande sind, über die Berechnungen der Margarinefabriken ein Fachurteil abzugeben. Die amtliche Untersuchung der derzeitigen Margarinepreise findet ebenfalls unter Zuziehung von Verbrauchervertretern statt.

Neue Postgebühren

Der Verkehrsbeirat hat vor einem Monat die neuen Gebührenvorschläge der Reichspostverwaltung, die z. B. für einen Brief im Fernverkehr eine Mark betrug, beraten, und man rechnete mit der Inkraftsetzung der neuen Gebühren etwa zum 1. Dezember, wenn die Vorlage von Reichstag und Reichsrat genehmigt wäre. Nun sind jedoch inzwischen viel weitergehende Beschlüsse gefaßt worden, die die vom Verkehrsbeirat in der Sitzung vom 12. und 13. Oktober vereinbarten Gebührensätze **im allgemeinen noch um weitere 50 v. H. erhöhen,** so daß die Sätze gegen die jetzt geltenden ungefähr verdoppelt werden.

Nach der neuen Vorlage, die noch der Zustimmung des Reichstages bedarf, beträgt die Gebühr für die Postkarte im Ortsverkehr 60 Pf., im Fernverkehr 100 Pf., den Brief im Ortsverkehr bis 20 Gramm 100 Pf., bis 250 Gramm 150 Pf., im Fernverkehr bis 20 Gramm 150 Pf., bis 100 Gramm 225 Pf., bis 250 Gramm 300 Pf., für Drucksachen bis 50 Gramm 40 Pf., bis 100 Gramm 75 Pf., bis 250 Gramm 150 Pf. usw. Das Päckchen bis 1 Kilogramm soll künftig 4 Mark kosten. Postanweisungen bis 100 Mark kosten 150 Pf., bis 250 M. 225 Pf. usw. bis 6 Mark.

Diese überraschende Erhöhung, die **von der Reichsregierung bereits beschlossen** ist, wird mit der durch die steigende Teuerung inzwischen notwendig gewordenen beträchtlichen Erhöhung der Beamtenbesoldungen, der Löhne der Angestellten und Arbeiter und der sächlichen Kosten begründet, die eine Mehrausgabe der Postverwaltung von jährlich dreidreiviertel Milliarden Mark notwendig machten.

Ausfuhrverbot für Fische. Mit Rücksicht darauf, daß zurzeit infolge des schlechten Valutastandes beträchtliche Mengen von Fischen zu Ausfuhrzwecken aufgekauft, wodurch die Preise unangemessen hochgetrieben werden und dem inneren Markt die Ware im großen Umfange entzogen wird, ist die Ausfuhr der Fische bis auf weiteres gesperrt worden. Das Ausfuhrverbot umfaßt frische Seefische, einschließlich der frischen Heringe, Salzheringe und geräucherten Fische; es erstreckt sich nicht auf Marinaden. Auch die Ausfuhr von Süßwasserfischen ist gesperrt worden.

Zähne 4 u. 7 Mk. mit Friedensgoutschuk
5 Jahre schriftliche Garantie. Zahnziehen mit Betäubung bei Bestellung von Gebissen gratis. Kronen v. 30 Mk. an.
Spez.: Zähne ohne Gaumen. Keine Luxuspreise
10% Preisnachlaß.
Zahn-Praxis Hatvani, Danziger Straße 1.

A. Wertheim

Leipziger Straße (Versand-Abteilung) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Wolltrikot-Jumper
jugendliche Form, mit Wolldurchzug garniert, aparte Farben . . . . . **285 M**

Kinderkleid
aus schottisch kariertem Stoff mit Knopf- und Schleifen-Garnitur Rock mit Seitenfalten, 45 cm lang (Jede weitere 5 cm 8 M mehr) **68 M**

Tanzstundenkleid
aus weißem Vollvoile mit Hohlsaum-Garnierung und breitem bestickten Gürtel, 95 cm lang (Jede weitere 5 cm 10 M mehr) **225 M**

Backfisch-Paletot
aus gutem meierten Winterstoff weiter Kimonoschnitt . . . . . **395 M**

Schürzen

Hausschürze	gestreift Gingham, m. Tasche	24 M
Busenschürze	gestreift Gingham mit einfarbiger Blende	32 50
Blusenschürze	blau, weiß gepunkte Kretonne	36 M
Blusenschürze	Wiener Form blau-weiß gepunkte Kretonne	34 M
Blusenschürze	Wiener Form gestreifter Zephir	39 M
Blusenschürze	Wiener Form blau-weiß gepunkte Kretonne	45 M

Klöppelspitzen
Maschinenarbeit, für Handarbeiten, Gardinen u. Decken

	ca. 10 cm	13 cm breit
Meter	8 25	10 75

Einsätze dazu

	ca. 7 cm	9 cm breit
Meter	6 25	8 25

Handarbeiten
Kreuzsticharbeit, vorgez. auf starkfädig. Halbleinen
Mitteldecken 28 M Kaffeewärmer 21 M
Kissenplatten 29 M Kaffeedecken 126 M
Blumenmuster vorgezeichnet, meliert Halbleinen
Stuhlkissen . . 9 25 Mitteldecken . . 21 50
Kissenplatten 25 M Kaffeedecken . 96 M

Kissenplatten m. Rückwand, Mitteldecken . . . . . Kaffeewärmer . . . grau Rips, vorgezeichnet Stück **11 50**

Korsette

Korsett	aus festem Stoff mit Langette	22 50
Korsett	aus weißem Drell mit Langette	29 M
Korsett	aus weißem Drell, Zwickelform	32 M
Korsett	aus weißem od. grauem Drell m. Strumpfhalter	45 M
Korsett	aus festem Jacquard, mit Spitze	55 M
Korsett	s. weiß. Drell m. Spitze und Halter, lange Form	72 M
Büstenhalter	aus weißem Wäschestoff, gutsitz. Formen	17 50 21 50

Seiden-Jumper
aus Kunstseidentrikot mit andersfarbigem Trikot u. Schärpe garniert, moderne Farben **325 M**

Spätzug-Ausstellung

in allen 4 Geschäften

Neu erschienen: **Sing Sang fürs kleine Volk**
Eine Sammlung von Kinderliedern, bearbeitet von **Leo Blech**
Illustriert v. Elfriede Mussmann
12 achtfarbige Illustrationen
12 zweifarbige Bilder. Elegant gebund. m. Halbleinenrücken **30 25**

Volksbekleidungs-Gesellschaft m. b. H.

FRIEDRICH-STR. 110-112
GEGENÜBER DER KARLSTR.

KEIN LADEN
VERKAUF IM 2. STOCK
FAHRSTUHL

Keine Schaufenster
mehr wegen anderweitiger Vermietung des Erdgeschosses. Verkauf nach wie vor nur II. Stockwerk. Fahrstuhl.

Trotz allgemeiner Warenknappheit noch außerordentlich vorteilhafte Angebote.

*Herrenschlüpfer * Anzüge * Pelze * Gummimäntel * Hosen Winterjoppen * Jünglings- und Knabenkleidung * Damen- und Backfischmäntel * Kostüme * Blusen * Röcke Fertige Wäsche für Damen und Herren * Anzugstoffe Baumwollstoffe aller Art * Kleiderstoffe * Seidenstoffe*

Seifenhändler u. Wiederverkäufer
empfehle mein reich sortiertes Lager in
Ia Kernseifen Toilettenseifen
Salmiak, Terpentin, Seifenpulver mit und ohne Seifenschnitzel usw.
Ia Leinöl-Schmierseife!
Seifenlager
Emerich A. Salgo
Lothringer Straße 38

Gegründet 1894
Engros-Lager — Export-Lager
Damen sparen Geld!
Nach beendeter Engros-Saison
Einzelverkauf

Flausch-	Ulster 250, 150 75	Affenhaut-	Schlüpfer 150, 600, 450
Tuch-	Sakkos-Paletots 500, 850, 375	Kostüme 550, 350, 250	
Krimmer	Wollpl. 750, Astr.-M. 950, 550	Schlafpelzmäntel 1150, 500, 950	
Woll-Strickjacken	250, 39., 145	Rindermäntel 150, 100, 50	

M. Moscovitz, Landsberger Str. 59 a. Alexanderplatz, 1 Treppe, Berlin C
Sonnabends und Sonntags geschlossen.

Schlüpfer-Sacco-Schneider
einige gute, für Serie 1 finden sehr angenehme Beschäftigung bei
Buchsbaum & Leyser
Werderscher Markt 10

Möbel
kaufen Sie nirgends so **billig** und **gut** wie bei
Neugebauer
Charlottenburg, Wilmersdorfer Str. 12 a I, E. Schillerstr. Kein Laden

---

Zur Justizreform! Jetzt aktuell!
Klassenjustiz
Chronologische Gegenüberstellung von Gerichtsurteilen gegen Revolutionäre und Reaktionäre
Von Fritz Schneider Preis 1.80 M.
Buchhandlung „Freiheit", Berlin C 2
Breite Straße 8a/9.

Die Theater- und Vergnügungs-Anzeigen befinden sich heute 1. Beilage, 4. Seite

---

Chr. Pardau & Röper
Kohlengroßhandlung
Gegründet 1843
W 35, Potsdamer Str. 103a
Fernsprecher: Amt Nollendorf 80 und 81
Schmelzkoks / / Gaskoks / / Steinkohlen
Anthrazit / Briketts / Steinkohlenbriketts
Grudekoks / Rohbraunkohle / Holz
frei Haus und ab Lager

Möbel-Fabrik Rob. Seelisch
Berlin O 112, Rigaer Str. 71-73a, 5 Min. v. Bhf. Frankfurter Allee

empfiehlt zu bekannt billigen Preisen bei solider Ausführung
Komplette
Schlafzimmer
Speisezimmer
Herrenzimmer
einfachen und besseren Genres
Küchen farbig und naturlasiert in allen Preislagen
Gekaufte Möbel können beliebige Zeit kostenlos lagern.

Bilder, Kunstblätter, Wandschmuck mit und ohne Rahmen kauft man in der Buchhandlung „Freiheit".

Sie wissen noch nicht?
daß wir neu eröffnet haben? Dann laden wir Sie zu einem Besuche bei uns ein und bitten Sie um Besichtigung unserer
Damenmäntel / Kostüme Kleider und Röcke
in vollendeter Eleganz und höchster Qualität, zum niedrigen alten Preis
Greifen Sie die Gelegenheit beim Ö
Etagengeschäft
Ueberzeugen Sie sich selbs
Mess. rschmid & Co. I. Etage, Emco Wallstraße am Spittelmarkt

Die Stillegung der Gaswerke

Die Entscheidung des Magistrats

Die Verhandlungen des Magistrats haben in der heutigen außerordentlichen Sitzung folgenden Beschluß als Ergebnis gezeitigt.

In voller Anerkennung der durch die außerordentliche Teuerung hervorgerufenen Notlage der Arbeiter und Hilfskräfte soll möglichst heute die Lohnaufbesserung, welche das Reich mit den Organisationen der Arbeiter vereinbart hat, für die Monate Oktober und November ausgezahlt werden. Es sollen erhalten ungelernte Arbeiter 584 Mark, angelernte Arbeiter 636 Mark, Handwerker 710 Mark, jugendliche Arbeiter 500 Mark, mindererwerbsfähige Arbeiter 500 Mark, ungelernte Arbeiterinnen 460 Mark, angelernte Arbeiterinnen 480 Mark, qualifizierte Arbeiterinnen 522 Mark, jugendliche Arbeiterinnen 354 Mark, mindererwerbsfähige Arbeiterinnen 354 Mark. Für jedes noch zu versorgende Kind sollen 250 Mark gezahlt werden.

Die Frage der Güter- und Forstarbeiter soll ebenfalls sofort geregelt werden. Bei den oben aufgeführten Zahlen ist im Hinblick auf die bereits erfolgte Letzte Lohnerhöhung ein Betrag von 10 Pfennig pro Stunde in Anrechnung gebracht worden. **Die Verhandlungen über den 7. Lohntarif sollen sofort in Angriff genommen und nach Möglichkeit gefördert werden.** Soweit durch Streik oder passive Resistenz die Arbeit bereits versäumt wurde, soll ein Lohn für die in Frage kommende Zeit nicht gezahlt werden.

Die **Verhandlungskommission des freigewerkschaftlichen Tarifkartells** hat diesen Magistratsbeschluß entgegengenommen und hat ihre einzelnen Vertreter in die Betriebsversammlungen, die im Laufe des gestrigen Nachmittags stattgefunden haben, mit der Weisung entsandt, den Arbeitern **die Annahme des Magistratsangebots und die Wiederaufnahme der Arbeit zu empfehlen.** Soweit sich über den Verlauf der einzelnen Betriebsversammlungen Nachrichten erhalten ließen (das Nachrichtenamt des Magistrats war in diesem Punkte nicht in der Lage, die Presse rechtzeitig zu informieren), ergibt sich über die Lage in den städtischen Betrieben folgendes Bild:

In den **Berliner Städtischen Gaswerken 2** (Gitschiner Straße) **und 4** (Danziger Straße) hat sich die Belegschaft mit dem Magistratsbeschluß einverstanden erklärt. Im Gaswerk 2 ist von nachmittag 4 Uhr **an die Arbeit in vollem Umfange aufgenommen worden,** im Gaswerk 4 ebenfalls, allerdings mit der Einschränkung, daß die Belegschaft die Funktionärversammlung am Sonntag vormittag besuchen und am Montag vormittag beschließen will, was weiter geschehen soll. Im **Gaswerk 4, Tegel,** beschloß die Belegschaft, in passiver Resistenz zu verharren, da sie die Staffelung nach ungelernten und gelernten Arbeitern für ungerechtfertigt ansieht.

Die beiden **Charlottenburger Gaswerke liegen still. Die Belegschaft hat beschlossen, weiter im Streik zu verharren,** weil sie an der Forderung der tausend Mark und an der Bezahlung der Streiktage festhält. Dagegen ist mitzuteilen, daß sowohl in Charlottenburg wie in Berlin **die übrigen städtischen Werke voll arbeiten.**

In Lichtenberg haben sich die Arbeiter der Gasanstalt ebenfalls über den Beschluß der gewerkschaftlichen Vertretung hinweggesetzt und streiken weiter. Im **Schmargendorfer Gaswerk** ist dagegen die Arbeit in vollem Umfange aufgenommen worden.

Betriebsrat oder Gewerkschaften?

Seit einiger Zeit wird der Gesamtbetriebsrat der Berliner städtischen Werke von Leuten beherrscht, die sich offenbar über die Aufgaben des Betriebsrats und über das Verhältnis zwischen Betriebsrat und Gewerkschaften nicht ganz klar sind. Die führende Rolle spielen Vertreter des „Verbandes der Kopf- und Handarbeiter", einer Organisation sehr jungen Datums und syndikalistischer Tendenz. Der Betriebsrat ist weit über seine Befugnisse hinausgegangen, als er sich zum Träger der gegenwärtigen Lohnbewegung machte. Den Schaden davon haben natürlich die Arbeiter. Zu dem Vorgehen des städtischen Gesamtbetriebsrats war um so weniger Veranlassung, als gerade die städtischen Arbeiter über eine einzigartige Erscheinung in der gesamten gewerkschaftlichen Organisation verfügen, nämlich über einen Verband, der eine reine Betriebsorganisation darstellt: den Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Wenn der Verband, der sich z. B. beim Gutsarbeiterstreik gegenüber dem Landarbeiterverband als außerordentlich interessiert an der Vertretung der Interessen städtischer Arbeiter gezeigt hat, überhaupt einen Zweck haben soll, dann ist doch die Führung von Lohnkämpfen der städtischen Arbeiter seine eigenste Aufgabe. Der Betriebsrat ist ein Organ der gewerkschaftlichen Organisation, es ist seine Pflicht, Lohnbewegungen zu unterstützen. Nur als beauftragte Körperschaft der Gewerkschaft kann sich ein Betriebsrat wirksam zur Geltung bringen. Die Führung großer Lohnkämpfe aber ist Sache der Gewerkschaften; sie konnte im vorliegenden Falle um so erfolgversprechender sein, als die günstige organisatorische Lage bei den städtischen Betrieben durch den Gemeinde- und Staatsarbeiterverband gegeben ist.

Auch der „Vorwärts" weist gestern abend auf diesen Zusammenhang hin und schreibt:

> „Wir halten diese Handlungsweise für eine gewerkschaftliche Disziplinlosigkeit, wie wir sie kaum noch zu verzeichnen hatten. Daß es nicht zu den Aufgaben des Betriebsrats gehört, da Lohnforderungen zu stellen, wo tarifliche Abmachungen mit Organisationen bestehen, haben wir bereits betont."

Da die „Rote Fahne" natürlich jede Gelegenheit benutzt, gegen die beiden anderen Arbeiterparteien und die Gewerkschaften zu kämpfen, so ist ihr auch die Lohnbewegung der städtischen Arbeiter eine willkommene Gelegenheit zu parteipolitischen Geschäften. Auch das Mittel der groben Täuschung ist ihr in diesem Kampfe, wenn man die hysterischen Schreibereien Kampf nennen kann, recht. Wenn die „Rote Fahne" z. B. schreibt:

> „Da das Angebot des Magistrats weit hinter der geforderten Summe zurückbleibt, werden sich die städtischen Arbeiter nicht damit zufrieden geben können",

so ist das nichts anderes als eine grobe Irreführung der städtischen Arbeiter. Wir haben bereits darauf hingewiesen, daß die Staffelung im Magistratsangebot gerade die kinderreichen Familien, die doch der Hilfe am dringendsten bedürfen, durch die Kinderzulage eine höhere Summe erhalten als 1000 Mark. Selbst ein ungelernter Arbeiter, der z. B. drei Kinder hat, würde danach schon 1334 Mark erhalten, sogar ein mindererwerbsfähiger Arbeiter, der drei Kinder hat, würde 1250 Mark erhalten.

*

Das Lohnkartell der städtischen Arbeiter hat sämtliche Funktionäre in den städtischen Betrieben zu heute vormittag 9½ Uhr nach der Neuen Welt, Hasenheide, einberufen, um zu den Beschlüssen des Berliner Magistrats und zu der Lage in den städtischen Werken Stellung zu nehmen. Hoffentlich wird durch den Verlauf der Versammlung der große Fehler, der in dieser völlig zersplitterten und direktionslosen Bewegung gemacht wurde, einigermaßen wieder gutgemacht.

*

Der Magistrat verbreitet noch folgenden **Hinweis an die Gasverbraucher:** Wenn der Streik auf den Gaswerken fortdauert, muß die Abgabe von Gas eingestellt werden. Tritt dieser Fall ein, so verlöschen die Lampen und Kocher oder brennen ganz klein. Sobald dieses bemerkt wird, müssen **sofort alle Gashähne geschlossen** werden, da sonst bei Wiederkehr des Druckes die Gefahr besteht, daß das Gas unbemerkt in Wohnräume und Küchen ausströmt und Schaden anrichtet.

Diktaturgelüste des Berliner Bürgertums

Die Vorsteherwahl

Eine bürgerliche Lokalkorrespondenz teilt mit:

Die bürgerlichen Fraktionen haben sich darüber geeinigt, dem „Ergebnis der Stadtverordnetenwahl bei der Besetzung des Vorsteherpostens Rechnung zu tragen" und einmütig als ihren Kandidaten den Reichswirtschaftsminister a. D. Dr. Scholz benannt. „Die bürgerliche Mehrheit Groß-Berlins würde es auch nicht verstehen, wenn wiederum an die Spitze des Stadtparlaments unter den veränderten Verhältnissen ein Sozialist gestellt werden würde, dies um so weniger, als der von der SPD.-Fraktion aufgestellte Kandidat Franz Krüger für sämtliche bürgerlichen Fraktionen des Rathauses unannehmbar ist. Eine Lösung der Frage werden voraussichtlich erst die Fraktionssitzungen am nächsten Dienstag bringen."

Wir haben unsere Auffassung in der Frage des Vorstehers schon wiederholt dargelegt. Abgesehen von der Person des Herrn Scholz, der als Reichsminister nicht gerade Fähigkeiten gezeigt hat, besteht gar kein Anlaß, von dem Gewohnheitsrecht der stärksten Fraktion abzuweichen.

„Bürgerliche Vereinigung"

Die Mitglieder sämtlicher bürgerlicher Parteien **von den Demokraten bis zu den Deutschnationalen** haben sich im Bezirk Friedrichshain zu einer Fraktion unter dem Namen „Bürgerliche Vereinigung" zusammengeschlossen. Hierdurch wird die „Bürgerliche Vereinigung" mit 23 Mitgliedern **die stärkste Fraktion** in der Bezirksversammlung Friedrichshain, die bekanntlich eine starke sozialistische Mehrheit aufweist. Zum Vorsitzenden wurde der Stadtverordnete Falkenberg (Dn. V.) gewählt.

Auch im Verwaltungsbezirk Kreuzberg beabsichtigen die bürgerlichen Bezirks- und Stadtverordneten sich zusammenzuschließen.

Beamtensiedlung

Vor kurzer Zeit wurde die Beamtensiedlung am Bahnhof Heerstraße fertiggestellt. Freundlich in weiß gehalten sind die Häuschen in das Grün des märkischen Kiefernwaldes dort draußen eingebettet. Die Häuser bestehen fast durchweg aus sechs und sieben Zimmern, Bad, Küche und reichlich Keller und Bodengelaß. — Wenn auch die Zimmer nicht sehr groß sind, so würden die meisten Wohnungssuchenden mit der Hälfte oder einem Drittel des Wohnraums zufrieden sein, auch wenn die Familie zahlreich wäre. Zu jedem Häuschen gehört ein schöner, großer Garten.

Man sieht also, die Wohnungsfrage ist hier den Wünschen der Zeit entsprechend gelöst. Besitzer dieser Häuser sind Beamte der Stadt, des Staates oder des Reichs. Der Laie fragt sich, wie kann sich denn bei der teuren Zeit ein Beamter solch Haus leisten? Wenn er sich erkundigt, erfährt er, daß eben kleine Beamte mit kleinen Einkommen nicht dort wohnen.

Ein Haus kostet rund 180 000 M., der Grund und Boden wurde sehr billig erworben. — Der Staat zahlt an allgemeinen Baukostenzuschuß pro Haus 50 000 M. — Der wohlhabende Bezirk Charlottenburg zahlt noch 30 000 M. extra dazu, wenn ein städtischer Beamter sich ein solches Haus zulegt. — Der Extrazuschuß an die Staats- und Reichsbeamten ist jedenfalls auch nicht kleiner. Mithin bleibt ein Rest von rund 100 000 M. zu verzinsen und die bauliche und sonstige Unterhaltung des Hauses, so daß man sofort einsieht, daß ein kleiner Beamter oder Arbeiter von seinem Einkommen nicht in der Lage ist, diese Ausgaben zu bestreiten.

Es steht also fest, das Leuten, die über ein ziemlich hohes Einkommen verfügen, an Gehalt und aus Privatmitteln, auf diese Weise eine Zuwendung von 30 000 M. und mehr, als direktes Geschenk überweist. — Man fragt nicht, ob der Bewerber in der Dringlichkeitsliste steht. — Man fragt nicht, ob er bereits zwei oder drei Häuser besitzt, und nur den Kauf des Hauses als günstiges Geschäft ansieht, — leichter sind doch 30 000 M. + 50 000 M. nicht zu verdienen —, sondern man fragt nur, bist du Beamter. Damit ja kein unberufener, kein Nichtbeamter in den Kreis eindringt, hat man schon eine Extrawurst geschaffen, aber vielleicht macht man noch eine hohe Mauer um die Siedlung herum, damit kein Blick von Wohnungssuchenden und gewöhnlichen Steuerzahlern dort hineinfällt.

So etwas nennt man großzügige Wohnungspolitik. Die Charlottenburger bürgerliche Mehrheit, gestützt von einigen Rechtssozialisten, braucht nicht stolz auf dieses Werk sein. Die Beamtenschaft selbst müßte sich derartiges verbitten, denn durch solche Maßnahmen und Bevorzugung wird der Gegensatz zwischen Beamten und Nichtbeamten verschärft, zum Nachteil der ersteren.

Krüppelfürsorge

In der Krüppelfürsorge weist das besondere preußische Gesetz den Stadt- und Landkreisen Aufgaben organisatorischer Art zu. Die Kreise sollen alle Krüppel unter 18 Jahren und alle Personen erfassen, bei denen die Gefahr einer künftigen Verkrüppelung besteht, und dafür sorgen, daß das Leiden gebessert und der Krüppel zum selbständigen Erwerb seines Lebensunterhaltes befähigt oder wenigstens in seiner körperlichen Befähigung erhalten wird. Die Kreise müssen eine Kreiskrüppelfürsorgestelle einrichten, einen Arzt haupt- oder nebenamtlich anstellen, nötigenfalls auch medikomechanische Apparate beschaffen. Aber nur die allgemeinen Verwaltungskosten für die Ueberwachung fallen den Kreisen zu. Die Kosten des einzelnen Falles für die Besserung, Berufsausbildung und Erhaltung des Gesundheitszustandes sind von dem Krüppel, seinen Unterhaltungspflichtigen und letzten Endes von dem zuständigen Armenverbande zu tragen. Unter Umständen müssen sogar Kriegshinterbliebene die Kosten tragen wenn diese nicht mehr als „arm" im Sinne des Reichsgesetzes über den Unterstützungswohnsitz zu bezeichnen sind.

Wegen der notwendigen Aufräumungs-Arbeiten
Geschäftsbeginn morgens 10¼ Uhr

Kleiderrock aus grau meliert. Stoff m. Steppereien 79.–
Plisseerock vorzügl. reinwoll. Cheviot, marine 225.–

Nissrael

Wirkwaren
Flausch-Schals Reinwolle klein 23.50 groß 63.–
Herren-Strickjacken mit Ärmeln, grau Mittelgröße 51.75
Damen-Strickjacken Reinwolle, mit Schalkragen 375.–
Kimono für Damen, gestrickt, reinwollene, vorzügliche Qualität 250.–

Spitzen u. Tüll
Tüllspitzen reich bestickt, waschbar 40-70 cm breit, Mtr. 45.– 90-100 cm breit, Mtr. 65.–
Seidentüll-Spitzen mit Metallstickerei 70 cm Mtr. 109.– 90 cm Mtr. 135.–
Halbseidener Tüll 145 cm, nur braun Mtr. 14.75

Damenkleidung
Jumper aus dunkelkariertem Stoff 145.–
Jumper aus reinwollenem Stoff, farbig bestickt 295.–
Kleid reinwoll. Stoff mit Stickerei 445.–
Kleid aus reinwoll. Trikot m. farb. Besatz 745.–
Mantel aus Flauschstoff in dunkl. Farben 775.–

Ein Posten: Mantelstoffe
Flausch-, Eskimo-, Velours- und Noppenstoffe in vorzügl. Qualitäten

Herrenkleidung
Hausjoppe aus Flauschstoff mit Agraffe und Verschnürung 275.–
Hausjoppe a. kamelhaarfarb. Flauschstoff m. Agraffe und Verschnürung 370.–
Gummimantel weite Form 560.–
Herren-Hut in verschied. Farben 69.–
Haarfilzhut 89.–

Schürzen
Wiener Form Gingham mit Blende und Paspel 37.50
Blusenschürze Gingham mit einfarbiger Blende 39.–
Schmuckschürze m. Trägern, Batist m. Stickerei-Ein- u. Ansatz 36.–
Satin m. bunt. Besatz 39.–

Besonderes Möbel-Haus
Ständige Ausstellung fertig eingerichteter Zimmer in sämtlichen vier Stockwerken

Weißlack. Möbel
für Kinder- und Fremdenzimmer
Schränke mit Perlstab verziert, ½ für Wäsche, ½ für Garderobe Breite 100 cm 1125.–
Schränke mit Glasierscheiben Breite 100 cm 1250.– Breite 120 cm 1325.–
Wickelkommode verschließbar, mit 2 großen und 2 kleinen Schubkästen sowie 1 Schränkchen 1035.–

Transport. Öfen
Eiserne Dauerbrand-Öfen mit feuerfester Chamotte-Auslage 210.– bis 725.–
Kachel-Öfen aus feuerfesten Majolika-Kacheln 500.– bis 2500.–
Eiserne Öfen für Anthracit-Feuerung

BERLIN C • KÖNIGSTRASSE • SPANDAUERSTRASSE.

Was ist

Von Artur Crispien

I.*)

Das Bündnis der Rechtssozialisten auch mit der Deutschen Volkspartei ist in Preußen zustande gekommen und im Reich auf dem Marsche. Denn auch im Reich werden die Bemühungen um das Zustandekommen der „großen Koalition" von Vertretern aller beteiligten Parteien, trotz der Bildung der zweiten Wirth-Regierung, unverdrossen fortgesetzt. Die zweite Wirth-Regierung soll ja nur über einige Zeit hinweghelfen, um in aller Stille und Heimlichkeit das Zustandekommen der „großen Koalition" auch im Reich gründlicher als bisher vorzubereiten.

Das Bündnis der Rechtssozialisten auch mit Deutschen Volkspartei fordert vom Proletariat eine klare Stellungnahme zur ganzen rechtssozialistischen Politik. Beim klassenbewußten Proletariat liegt es, darüber zu entscheiden, ob es sich von den rechtssozialistischen Instanzen bis zur völligen politischen Abdankung verführen lassen will oder ob es sich nun endlich in seiner Gesamtheit auf dem Boden des selbständigen Klassenkampfes zusammenfinden wird. Die Rechtssozialisten sind dort gelandet, wo die Arbeiter standen, als Lassalle seine Arbeit in Deutschland mit der Loslösung des Proletariats aus der Gefolgschaft der Bourgeoisie begann.

Den Kenner auch nur des jüngsten Abschnitts der modernen Arbeiterbewegung hat das Bündnis der Rechtssozialisten auch mit der Deutschen Volkspartei nicht überrascht. Die Rechtssozialisten sind sich nur selbst treu geblieben seit der Betätigung jener revisionistischen Urzelle in der Sozialdemokratischen Partei vor 1914.

Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei erstrebten die Revisionisten seit jeher eine Abkehr von der auf dem Klassenkampf beruhenden Taktik. Sie wollten, daß an die Stelle der Eroberung der politischen Macht eine Politik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge tritt. Die Folge einer revisionistischen Taktik wird stets sein, daß aus einer Partei, die auf möglichst rasche Umwandlung der kapitalistischen in die sozialistische Gesellschaft hinarbeitet, also einer im besten Sinne revolutionären Partei, eine Partei wird, die sich mit der Reformierung der kapitalistischen Gesellschaft begnügt.

Auf dem Parteitag in Dresden, im Jahre 1903, kam es zu einer großen Auseinandersetzung zwischen den Revisionisten und den Radikalen innerhalb der Sozialdemokratischen Partei. Mit erdrückender Mehrheit entschied sich der Parteitag unter Führung von Bebel für die Radikalen. Die erdrückende Mehrheit des Parteitags erklärte es für die Pflicht der Sozialdemokraten, jede Bewilligung von Mitteln zu verweigern, die geeignet sind, die herrschende Klasse an der Regierung zu erhalten, und lehnte es ab, für die Sozialdemokratie einen Anteil an der Regierungsgewalt innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft zu erstreben. Verurteilt wurde ferner jedes Bestreben, die Klassengegensätze zu vertuschen, um eine Anlehnung an bürgerliche Parteien zu erleichtern.

Trotz ihrer schweren Niederlage in Dresden blieben die Revisionisten in der Sozialdemokratischen Partei. Sie setzten sich mehr und mehr in allen möglichen Instanzen und Einrichtungen der Partei fest, von wo aus sie schließlich die ganze Partei beherrschten.

Die Herrschaft der Revisionisten über die Sozialdemokratie trat am 4. August 1914 offen in die Erscheinung. Durch den Abschluß des Burgfriedens bemühten sich die Revisionisten um die Herstellung „der Einheit des deutschen Volkes", sie „sicherten damit seine militärische Aktionskraft" für die Fortsetzung des Krieges, „bis das Ziel der Sicherung erreicht ist und die Gegner zum Frieden geneigt sind".

Die Bedeutung des 4. August 1914 für die Teile des Proletariats, die den Rechtssozialisten folgten und die ihnen bis heute treu geblieben sind, hat der Rechtssozialist Dr. David auf dem Parteitag der Rechtssozialisten in Würzburg, 1917, als Berichterstatter der Reichstagsfraktion treffend dargelegt: „Am 4. August haben wir eine Entscheidung gefällt, die bestimmend ist für die ganze weitere Politik der deutschen Arbeiterbewegung. Hier war ein Kreuzungspunkt, von dem aus sich zwei verschiedene Wege, die die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung gehen konnte, gabelten. Indem wir diese Entscheidung trafen, schlugen wir einen Weg ein, von dem es ein Rückwärts nicht mehr geben kann."

Als dann der deutsche Militarismus zusammenbrach, ohne daß „das Ziel der Sicherung erreicht" und „die Gegner zum Frieden geneigt" waren, da blieben die Rechtssozialisten nur ihrer Burgfriedenspolitik treu, als sie Scheidemann und Bauer im Oktober 1918 in die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden sandten. Ein verzweifelter Versuch zur Rettung der alten Mächte. Die Rechtssozialisten hatten sich am 4. August 1914 endgültig für die Preisgabe des Klassenkampfes entschieden, und ein Zurück gab es, wie Dr. David richtig erkannt hatte, für sie nicht mehr.

Es half den alten Mächten nichts mehr, daß die Rechtssozialisten Sr. Majestät Wilhelm II. beisprangen, um nach dem militärischen Zusammenbruch wenigstens die kapitalistische Gesellschaft zu stützen, daß sie die Aufgabe übernahmen, die „nationale Verteidigung" zu organisieren und die bürgerliche „Ordnung" zu schützen, daß sie den Ausbruch der Revolution mit allen Kräften zu verhindern sich bemühten. Es half auch nichts mehr, als schließlich die Rechtssozialisten so weit gingen, Wilhelm II. mitsamt seinem ältesten Sohn zu opfern, um wenigstens die Rettung der Monarchie zu ermöglichen.

Am 9. November 1918 übertrug Prinz Max von Baden dem Rechtssozialisten Ebert die Wahrn[illegible]ng der Geschäfte des Reichskanzlers. Eberts Unter[illegible] unter seinem Aufruf vom 9. November 1918: „Mitbürger! Ich bitte Euch alle dringend, verlaßt die Straßen, sorgt für Ruhe und Ordnung!" war kaum trocken, als am selben Tage die Massen auf der Straße über die alten Mächte siegten.

Unabhängige Sozialdemokraten und Rechtssozialisten bildeten die Regierung der Volksbeauftragten. Die siegreichen Arbeiter und Soldaten forderten stürmisch ein Zusammengehen der beiden sozialistischen Parteien. Die Arbeiter und Soldaten drohten, sonst die Revolution im Stich zu lassen. Viele glaubten, daß Dr. David sich mit seiner Ansicht vielleicht doch geirrt hätte, nach der es für die Rechtssozialisten seit dem 4. August 1914 keine Rückkehr zum Klassenkampf mehr gäbe. Um so mehr, als sich ja auch die Rechtssozialisten verpflichteten, das sozialdemokratische Programm zur Grundlage der Regierungspolitik zu machen.

Aber leider, Dr. David hatte doch recht.

Die Unabhängigen Sozialdemokraten mußten Ende Dezember 1918 aus der Regierung der Volksbeauftragten austreten. Aus dem Bericht der unabhängigen Volksbeauftragten vom 30. Dezember 1918 ist ersichtlich, daß die Krise in der Regierung der Volksbeauftragten schon am Tage des Regierungsanfangs begonnen hatte. Hinter dem Rücken ihrer unabhängigen Kollegen hatten die Rechtssozialisten von Stund an eine Politik der Anlehnung und des Kompromisses mit den Vertretern der alten staatlichen Bureaukratie, der kapitalistischen Parteien und des alten Militarismus betrieben. Allein konnten die Unabhängigen die Regierung nicht übernehmen, weil einer solchen Regierung die Grundlage für ihre Existenz in den Massen fehlte. So mußten die Unabhängigen aus der Regierung ausscheiden in dem Augenblick, [illegible] sie nicht mehr in der Lage waren, die Gefährdung der Revolution durch die Politik der Rechtssozialisten zu verhindern.

Mit ihren alten Burgfriedensfreunden vom 4. August 1914 bildeten die Rechtssozialisten nun jene berüchtigte rechtssozialistisch-kapitalistische Regierung Bauer-Noske. Diese Regierung führte einen scharfen Kampf gegen das revolutionäre Proletariat. Mit allen Mitteln, mit Ausnahmezustand, Zeitungsverboten, Verhaftungen, Klassenjustiz und Arbeitermord sollten die proletarischen Klassenkämpfer unschädlich gemacht werden. Noske-Kurs!

Unter dem Noske-Kurs gedieh die Reaktion aufs beste. Am 13. März 1920 glaubten die Kapp-Lüttwitze auf ihre rechtssozialistischen Schrittmacher verzichten zu können. Die Kapp-Lüttwitze jagten die Regierung Bauer-Noske davon und bemächtigten sich der Regierungsgewalt.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei trat als erste Arbeiterorganisation gegen die Kapp-Lüttwitze auf und kämpfte von vornherein nicht nur gegen Kapp-Lüttwitz, sondern auch gegen die Wiederherstellung der Regierung Bauer-Noske, dieser rechtssozialistischen Wegbereiter für die Reaktion. Die Organisationen der Rechtssozialisten, der Kommunisten, der Gewerkschaften, der Angestellten und der Beamten bildeten mit den Unabhängigen Sozialdemokraten die geschlossene Front des Proletariats. Nach dem Sieg des Proletariats über die Kapp-Lüttwitze scheiterten die Bemühungen der Rechtssozialisten um die Wiedereinsetzung der Regierung Bauer-Noske.

Auf die nun gestellte rechtssozialistische Frage an die Unabhängigen Sozialdemokraten, ob sie bereit wären, mit bürgerlichen Parteien in eine Koalitionsregierung einzutreten, antworteten die Unabhängigen, daß der Zusammenbruch der Regierung Bauer-Noske den Zusammenbruch der rechtssozialistisch-kapitalistischen Koalitionspolitik bedeute. Militarismus und Kapitalismus hätten ihre Volksfeindlichkeit erwiesen sowohl unter der kaiserlichen Regierung wie unter der ihrer rechtssozialistisch-kapitalistischen Nachfolger. Der Versuch der Kapp-Lüttwitze, restlos die Macht für den Militarismus und den Kapitalismus zu ergreifen, sei durch den entschlossenen Gegenstoß der sozialistischen Arbeiterschaft abgeschlagen. Nur die Uebernahme der Regierung durch die organisierte Arbeiterschaft verbürge die völlige Ueberwindung jeder militaristisch-kapitalistischen Gewaltherrschaft. Die abermalige Bildung einer Koalitionsregierung würde nur erneut der Reaktion Vorschub leisten. Die Unabhängige Sozialdemokratie war also bereit, sich an einer sozialistischen Regierung zu beteiligen in der Hoffnung, daß die Massen der Arbeiter, Angestellten und Beamten, belehrt durch die Erfahrungen seit 1918, nunmehr entschlossen gewesen wären, bewußt eine sozialistische Regierung zu halten, deren Politik die Verwirklichung des Sozialismus bezweckte.

Was taten die Rechtssozialisten? Sie lehnten eine sozialistische Regierung ab und kehrten zu ihrer Koalitionspolitik mit kapitalistischen Parteien zurück. Wieder behielt Dr. David recht! Die Rechtssozialisten erledigten die durch den Kapp-Putsch ausgelöste Krise ihrer Koalitionspolitik wie eine Personalfrage. Das alte Regierungssystem blieb. An Stelle der Bauer-Noske traten die Müller-Koch. Den Arbeitern redeten die Rechtssozialisten vor, daß sie gezwungen wären, sich mit kapitalistischen Parteien zu koalieren, weil die Unabhängigen Sozialdemokraten es abgelehnt hätten, in die Regierung einzutreten und politische Verantwortung zu übernehmen. Die Wahrheit war, daß die Unabhängigen Sozialdemokraten wußten, daß mit Hilfe kapitalistischer Parteien eine sozialistische Politik nicht getrieben werden kann, und daß die Unabhängigen bereit waren, mit sozialistischen Parteien eine Regierung zu bilden und die volle Verantwortung zu übernehmen. Ganz verschwiegen wurde von den Rechtssozialisten, daß ihre Bundesgenossen — Zentrum und Demokraten — es grundsätzlich ablehnten, mit den Unabhängigen eine Regierung zu bilden. Vor die Wahl gestellt, sich für die Unabhängigen Sozialdemokraten oder für das Zentrum und die Demokraten zu entscheiden, wählten die Rechtssozialisten ihre alte Liebe, die kapitalistischen Parteien.

*) Wegen Raummangel zurückgestellt.

Der Geist des 18. Jahrhunderts

Die Ratifikationsurkunde, die der amerikanische Geschäftsträger im Berliner Auswärtigen Amt überreicht hat, hat folgenden Wortlaut:

Warren G. Harding,
Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika.
An Alle, die diesen Text erhalten, Grüße!

Wisset hiermit alle, daß ein Vertrag zwischen den Vereinigten Staaten von Nord-Amerika und Deutschland zur Wiederherstellung der freundlichen Beziehungen, die zwischen diesen beiden Nationen bis zum Ausbruch des Krieges geherrscht haben, am 25. August 1921 in Berlin abgeschlossen und von den bezüglichen Vertretern dieser Mächte unterzeichnet wurde, und daß eine wahrheitsgetreue Abschrift dieses Vertrages in der englischen und deutschen Sprache Wort für Wort folgendermaßen lautet. (Es folgt dann der Wortlaut des deutsch-amerikanischen Vertrages.)

Und da der Senat der Vereinigten Staaten in seiner Resolution vom 18. Oktober 1921 (zwei Drittel der anwesenden Senatoren stimmten dem zu) dazu geraten hat und zustimmte, den Vertrag zu ratifizieren, unter der Bedingung des Einverständnisses darüber, — was in der Ratifikationsurkunde aufgenommen wurde — „daß die Vereinigten Staaten nicht vertreten werden oder teilnehmen sollen in irgendeiner Körperschaft, Delegation oder Kommission, daß keine Person die Vereinigten Staaten vertreten wird als Mitglied einer Körperschaft, Delegation oder Kommission, in der die Vereinigten Staaten autorisiert sind, Mitglieder zu sein durch diesen Vertrag, bis durch ein Gesetz des Kongresses der Vereinigten Staaten eine solche Vertretung oder Teilnahme vorgesehen sein wird" und ferner unter der Bedingung des Einverständnisses darüber, daß „die Rechte und Vorteile, die die Vereinigten Staaten berechtigt sind unter diesen Vertrag zu beanspruchen und zu genießen, die Rechte und Vorteile einschließen, die den Bürgern der Vereinigten Staaten in der Resolution des Senates und in den Bestimmungen des Vertrages von Versailles gesichert wurden, auf die die Senatsentschließung verweist".

Es sei daher verkündet, daß ich, Warren G. Harding, Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, nachdem ich den obigen Vertrag gesehen und erwogen habe, hiermit in Befolgung des obengenannten Rates und der Zustimmung des Senats den Vertrag ratifiziere und bestätige, und zwar jeden Artikel und jede Klausel desselben unter der Bedingung des Einverständnisses über die oben vorgetragenen Vorbehalte.

In Beglaubigung dessen habe ich veranlaßt, daß das Siegel der Vereinigten Staaten auf dem Vertrag befestigt wird, gegeben unter meiner Hand in der Stadt Washington am 21. Tage des Oktobers in dem Jahre unseres Herrn eintausendneunhundertundeinundzwanzig und im einhundertsechsundvierzigsten Jahre der Unabhängigkeit der Staaten von Amerika.

gez. Warren G. Harding.
gez. Charles E. Hughes, Staatssekretär.

Wie der Stil dieser Urkunde, so stammt auch sein Geist aus dem achtzehnten Jahrhundert, aus jener Zeit also, in der die Völker noch der Spielball in den Händen einiger absolutistischer Machthaber waren. Im Kriege wie im Frieden herrscht in den Beziehungen zwischen den Völkern immer noch die Auffassung, die alle Meinungsverschiedenheiten durch Mittel der Gewalt beseitigen will, statt durch Ausgleich und Verständigung die Wohlfahrt der Welt zu fördern. Auch der Friedenszustand, das beweist der Vertrag von Versailles, ist heute nichts anderes als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Daran ändern auch nichts die schönen Worte von Freundschaft und Gerechtigkeit, von denen alle Verträge zwischen den heutigen Regierungen überfließen.

Da staunt der Fachmann u. der Laie wundert sich
daß wir so billig sind
Damen-Schnürstiefel R.-Chevreau und Rindbox, Derbyschnitt oder Ringsbesatz, kurze moderne Form, halbhoher Absatz 175.00
Damen-Schnürstiefel R.-Chevreau, Rindbox und Boxkalf, sehr moderne Formen, gute Qualität. Sehr preiswert 195.00
Damen-Schnürstiefel echt Boxkalf, Derbyschnitt, kurze moderne Form, Orig.-Goodyear-Welt, best. Fabrikat. Gelegenheitskauf .. 235.00
Damen-Schnürstiefel echt Chevreau, hochschaft, mod. spitze u. runde Form, halbhoher Absatz, sehr elegant. Straßenstiefel 295.00
Damen-Spangenschuhe schwarz Leder, für die Straße, kurze, sehr mod. Form, hohe u. niedrige Absätze 128.50
Damen-Halbschuhe Rindbox u. R.-Chevr. m. Lackkappe, auch echt Chevreau ohne Kappe. Sehr preiswert 175.00
Damen-Halbschuhe prima Chevreau, neue spitze u. kurze runde Form, eleg. hoh. Absätze. Äußerst billig 235.00
Damen-Lackschuhe z. Schnüren, kurze, sehr mod. Form, elegante Verarbeitung. Äußerst preiswert 235.00
Damen-Lackschuhe zum Schnüren, kurze, sehr moderne Form, eleg. Verarbeitung. Äußerst preiswert ... 325.00
Damen-Lackschuhe z. Schnüren, elegante Ausführung, Orig.-Goodyear-Welt, in vielen neuesten Formen 375.00
Herren-Schnürstiefel prima Rindbox, R.-Chevreau mit Lackk., Besatz u. Derbyschnitt, elegante, moderne Formen. Extra billig 195.00
Herren-Schnürstiefel Ia Rindbox u. R.-Chevr. m. Lackkappe, vorzügl. Qualitäten, mit u. ohne Derbyschnitt, bequeme Formen .. 245.00
Herren-Schnürstiefel Ia Boxkalf, R.-Chevreau, Rindbox, gutes Fabrikat, eleg. mod. Formen, solide Ausführung. Preiswert 285.00
Herren-Schnürstiefel prima boxkalf mit Derby- u. Bratenschnitt, Original-Goodyear-Welt-Ausführung, eleg. Winterstiefel 325.00
Stiller

Rund um die Woche

Winter — Dollar — Börse — Reigen und Militärmusik

Obgleich die Eisenbahnabteilung uns sehr stolz mitgeteilt hat, daß die Stadtbahn geheizt ist, was in der Tat eine Annehmlichkeit ist, empfinde ich dabei kein restloses Vergnügen. Denn da es damit sogar die Eisenbahn bestätigt, scheint es wirklich endgültig Winter geworden zu sein. Ich liebe den Winter nicht. Er ist eine bourgeoise Jahreszeit, in der man einen Pelz haben muß, um sich an der Natur zu freuen. Die Sonne erscheint nur selten, kalt und hochmütig wie ein reisender Dollarbesitzer, die Mädchen haben rote Nasen, und man sehnt sich nach Grog und häuslichem Herd. Was kann man anders machen, als auf den Sommer warten, der die einzige Jahreszeit ist, in der ein anständiger Mensch leben kann?

Wer freilich glücklich genug ist, um Aktien oder gar Devisen zu besitzen, dem kann es auch in diesem frühen Winter meines ganz persönlichen Mißvergnügens warm werden. In der „B. Z.“ hat vor ein paar Tagen eine Annonce gestanden, über der fett und anspruchsvoll „5000 Dollar“ stand. Für diese Kleinigkeit wünschte eine Dame eine Anzahl Schmuckstücke zu verkaufen, die schon einige Proletarierfamilien satt machen könnten. Ich weiß nicht, ob die Dame ihren Amerikaner gefunden hat, aber ich stelle mir vor, daß sie den Winter ganz gut überstehen würde, auch wenn es nur ein Engländer sein sollte, der ihr die Brillantenohrringe und das Platinarmband abkauft.

Es haben nicht alle Leute Wertgegenstände, für die sie 5000 Dollar fordern und am Ende auch erhalten können, doch die drei grauen Weiber: die Sorge, der Mangel, die Not, nehmen keine Rücksicht darauf, schleichen sich durch Türritzen und Schlüssellöcher ein, und die meisten, die sie heimsuchen, stehen nicht wie Faust mit dem Teufel oder mit der Börse in Verbindung. Die Arbeiter können sich wenigstens noch einigermaßen dagegen wehren. Fürchterlich, rettungslos fürchterlich ist die Lage der kleinen Rentner und Pensionäre.

Ich war dieser Tage in einer Depositenkasse im Norden Berlins. Dort drängen sich viele von ihnen vor den Kurszetteln, rechnen und fragen und kaufen und verkaufen, während die Aufregung sie an allen Gliedern zittern macht. Eine Aktie kostet heute durchschnittlich zehntausend Mark, und es liegt auf der Hand, daß das ein großer Vermögensteil dieser kleinen Spieler ist. Oftmals tun sich mehrere Familien zusammen, um nur eine Aktie kaufen zu können, und die Notierungen eines solchen Familienpapiers sind dann das Stimmungsbarometer für die ganze Verwandtschaft. Es ist ein trauriges Hasardspiel, dessen Einsatz das bißchen Leben ist, das der Krieg übriggelassen hat. Gespielt wird es, um die Geldentwertung wettzumachen, die die ohnehin kleinen Ersparnisse gänzlich zu vernichten droht. Gewiß wäre es besser, die Finger davonzulassen. Doch sie können nicht widerstehen. Angst und Verzweiflung treibt, Hoffnung lockt sie. Es ist wie bei Klante und Köhn . . .

Der große Kladderadatsch, der ungeachtet aller Prophezeiungen doch einmal kommen wird, ist gar nicht nötig, um diese armseligen Außenseiter zu ruinieren. Schon einer jener kleinen Rückschläge, die in dem ständigen Auf und Ab der Spekulation etwas Alltägliches sind, wird für die meisten von ihnen den vollständigen Zusammenbruch bedeuten. Aber was ist dagegen zu machen? Daß die Bankbeamten vor jedem Auftrag abraten, hilft nicht viel, denn der Hunger tut weh, und wer wird an ein Ende denken, da es doch vorläufig immer noch gut gegangen ist.

Die zünftigen Spekulanten, deren Autos und Droschken an den Börsentagen alle vier Zugangsstraßen des mysteriösen Gebäudes in der Burgstraße verstopfen, werden sicher nicht diejenigen sein, die auf der Strecke bleiben. Ehe das große Publikum von einer Veränderung der Lage überhaupt Kenntnis erhalten haben wird, werden sie längst ihre Papiere losgeschlagen haben, und die letzten, die die Hunde beißen, werden die kleinen Spieler sein, die nichts von den entscheidenden Zusammenhängen und Manövern ahnen. Vorläufig allerdings stehen auf den Börsentafeln, die die Kurse anzeigen, beinahe hinter jeder Notierung die drei Kreuze, die die ständige Hausse anzeigen, und die Geschäfte florieren im umgekehrten Verhältnis zu der Teuerung.

Es ist keine Seltenheit, daß ein einzelner Bankvertreter eine volle Stunde benötigt, um einem Makler ununterbrochen Aufträge zu erteilen, und alle Maßnahmen, die man bisher dagegen versucht hat, sind ohne Resultat geblieben. Jetzt ist ein Gesetz in Vorbereitung, durch das auch Frauen zur Börse zugelassen werden, und wahrscheinlich hofft man, auf diese Weise die Börsianer vom Tanz um die Goldwerte abzulenken. Es ist mir nicht bekannt, ob der Gesetzentwurf die Bestimmung enthält, daß nur schöne Frauen zugelassen werden sollen, oder ob das den Ausführungsbestimmungen vorbehalten bleibt. Trotzdem ist nicht anzunehmen, daß die Besucher, wie Herkules seine Löwenhaut, ihre Kuponschren und gezückten Bleistifte beiseitelegen, die Kurstafeln mit duftigen Reseden bekränzen und vor den Maklerschranken von der Liebe reden werden.

So wichtig auch die Liebe ist, das Verdienen, die Moral und der Antisemitismus stehen höher, und wer's nicht glaubt, der soll zu der Theateraufführung gehen, die mit den Künstlern des Kleinen Theaters jetzt in Moabit aufgeführt wird. Der stärkste Eindruck, den dieser kriminelle „Reigen“ zunächst macht, ist der einer überwältigenden Komik. Wenn Arthur Schnitzlers Stück nicht eine „Novelle in zehn Dialogen“, sondern eine altgriechische Trilogie wäre, hätte so das Satirspiel sein müssen, das darauf folgt. Die Anklagebank sieht aus, als hätte der Karren des Thespis vor dem Kriminalgericht gehalten und dort seine Ladung ausgepackt, und die Sachverständigen, die in zwei langen Reihen den Angeklagten gegenüber sitzen, sind das übliche Premierenpublikum von Kritikern und Theaterdirektoren. An der Ecke, dicht neben dem Staatsanwalt, der George Grosz als Modell für eine Karikatur dienen könnte, sitzt hinter einem Wall von Papieren die wichtigste Person dieses Prozesses: Professor Brunner.

Wer ist Professor Brunner? Das ist die Frage, über die sich alle Interessierten seit Tagen den Kopf zerbrechen. Der Polizeipräsident will nichts mit ihm zu tun haben, der Wohlfahrtsminister lehnt jede Verantwortung ab, und kein Mensch weiß, aus welchem Etat dieser Beamte für öffentliches Aergernis besoldet wird. Man soll diese Kulturschande nicht leicht nehmen, die uns in einem Augenblicke vorgeführt wird, da Gerhart Hauptmann in Wien durch den Bundespräsidenten mit allen Ehren, die einem großen Dichter zukommen, empfangen wird und Anatole France, der größte Dichter Frankreichs, der so sehr geistreich und so wenig moralisch ist, den Nobelpreis erhalten hat.

Aber dieser ganze Prozeß mit seinem Staatsanwalt, seinem Professor Brunner und den brustlosen Missionsfräuleins, die nur alle zwei Jahre einmal ins Theater gehen, um sich sittlich zu entrüsten, ist die notwendige Ergänzung unserer Justiz, die jedermann außer ihren eigenen Beamten für reaktionär, parteiisch und kulturlos hält.

Als ich vor dem Gericht die Straßenbahn bestieg, kam ich an einem Trupp Reichswehr vorbei, der mit Musik durch die Stadt marschierte. Vorne ritten zwei Schupomannen und auch zu beiden Seiten und am Schluß des Zuges gingen die grünen Schützer der öffentlichen Sicherheit, vermutlich, um sie vor den Soldaten zu schützen. Die Musik spielte den schwarzgelben Radetzkymarsch, der eigentlich nach Madeira gehört, wo sich Karlchen Habsburg von seinen Königsträumen ausruhen darf, und auf der Straße gingen Studenten und andere Vertreter des Hakenkreuzgeistes in gleichem Schritt und Tritt.

Sie marschierten am Reichstag vorbei, über dem die schwarz-rot-goldene Fahne ein bißchen verloren zwischen all den Adlern und Kronen, die dort befestigt sind, flatterte. Die Volksvertreter werden wahrscheinlich nichts gehört haben, und auch wenn sie es gehört hätten, würden sie allenfalls darüber geredet und im übrigen gewartet haben. Nun ja! Der Sommer wird ganz bestimmt nach dem Winter kommen, man kann sich darauf verlassen, und wer genügend Geld hat, kann sich schon jetzt einen Strohhut kaufen. Warten wir auf den Sommer!

H. E. K.

Oeffentliche Volksversammlungen

am Mittwoch (Bußtag), 16. November, vormittags 10 Uhr

in folgenden Lokalen:

Lehrervereinshaus (Gr. Saal), Alexanderplatz;
Allems Festsäle, Hasenheide 13-15;
Prachtsäle des Ostens, Frankfurter Allee 48;
Brauerei Königstadt, Schönhauser Allee 10;
Pharus-Säle, Müllerstraße 142;
Moabiter Gesellschaftshaus, Wilsnackerstraße 24.

Tagesordnung:

Koalitionspolitik — Teuerung und neue Steuern

Referenten: Reichstagsabgeordnete Dr. Rudolf Breitscheid, Artur Crispien, Franz Künstler, Dr. Julius Moses, Dr. Kurt Rosenfeld, Luise Zietz.

Genossinnen und Genossen! Diese Versammlungen müssen durch ihren Massenbesuch eine scharfe Absage des Berliner Proletariats gegenüber der Politik der S. P. D. zum Ausdruck bringen.

U. S. P., Bezirksverband Berlin-Brandenburg.

Hausdichter und Anstaltsleiter

Merkwürdiges aus der Edelschen Privatirrenanstalt.

Ende Dezember 1919 schrieb, wie man uns mitteilt, der Besitzer der Dr. Edelschen Privatirrenanstalt in Charlottenburg an den Bibliothekar a. D. Dr. J., einen pensionierten Assistenten der preußischen Staatsbibliothek, folgendes: „Auf Ihren ausdrücklichen Wunsch nehme ich Sie auf. Also kommen Sie! Das Weitere wird sich finden.“ Dr. J. kam, bezog mit eigenen Möbeln ein Zimmer außerhalb der Krankengebäude und leistete, um mit seiner Pension besser auszukommen, täglich drei bis fünf Stunden Dienst im Bureau und in der Bibliothek der Anstalt. Es war also ein ganz freies Wohn- und Arbeitsverhältnis. Am 1. April 1920 erfolgte die polizeiliche Anmeldung „als freiwilliger Pensionär und Hausbibliothekar“. Dr. J. dichtete auch zahlreiche Lieder, die Sanitätsrat Dr. Edel vertonte und seinen Kranken vortrug. Mit der Zeit verschlechterte sich aber das freundschaftliche Verhältnis zwischen Hausdichter und Anstaltsleiter, nicht zuletzt weil Sanitätsrat Dr. Edel zuletzt trotz der von Dr. J. geleisteten Arbeitsdienste eine Barzahlung von monatlich fast 800 Mark verlangte. Das Richtigste wäre nun die freie gegenseitige Lösung des bisherigen Verhältnisses gewesen. Sanitätsrat Dr. Edel betrachtete aber mit einem Male seinen Hausbibliothekar als „Patienten“, sperrte ihm den Ausgang, so daß er keine andere Wohnung suchen kann, und teilte Mitte Oktober der Polizei die „Verlegung“ des Dr. J. mit. In Wirklichkeit ist aber gar keine Verlegung erfolgt. Dr. J. wohnt in seinem alten Zimmer und leistet nach wie vor Bureaudienst. Die Anstaltsleitung hat also dem Polizeiamt eine Unwahrheit berichtet, und es läßt sich nur annehmen, daß mit diesem unwahren Bericht eine aktenmäßige Grundlage konstruiert werden sollte, um den Dr. J. in der Anstalt festzuhalten. Polizeipräsidium und Wohlfahrtsministerium werden hiernach Ursache haben, sich mit diesem mindestens seltsamen Verhalten der Anstaltsleitung amtlich zu beschäftigen.

Mißleitete Arbeiter

Ein Arbeiter schreibt uns: Sonntag gegen 2 Uhr nachmittags kam ich die Linienstraße entlang. Mir entgegen kamen zwei Männer aus dem Arbeiterstande, der eine in trunkenem Zustand. Drei Kinder, die sich ja bei einer solchen Gelegenheit immer einfinden, rief der stark Bezechte zu sich heran und teilte sie ein in Klassen: „Ihr zwei seid Deutsche, der da ist ein Jude. Wer ihm ein paar in die Fresse haut, kriegt 20 Mark!“

Ich blieb stehen und sah, wie er den zwei ersten Jungen tatsächlich Geld gab und sie nochmals aufforderte, den Juden zu schlagen. Natürlich ließ ich es nicht dazu kommen. Dies trug mir eine Flut unflätiger Schimpfworte ein, die die beiden Saufbrüder gegen mich schleuderten. Es ist eine Schande, daß es solche Arbeiter gibt. Antisemitische Sauf- und Radauhelden gehören nicht in unsere Reihen. Keine falsche Solidarität, Genossen — abrücken von dem Gesindel!

Die Verzweiflungstat einer Mutter

Die Verzweiflungstat einer betrogenen Ehefrau lag einer Anklage wegen Doppelmordes zugrunde, welche Freitag das Schwurgericht des Landgerichts III beschäftigte. Angeklagt war die Frau Auguste Runzel aus Lichtenberg, welche beschuldigt wurde, ihre beiden Kinder im Alter von 1½ und 2½ Jahren ermordet zu haben.

Die Beweisaufnahme entrollte das übliche Bild einer unglücklichen Ehe, in der der Mann behauptete, die Frau trage die Schuld, während die Frau wiederum alle Schuld dem Manne zur Last legt. Der Ehemann behauptete vor Gericht, daß seine Frau verschwenderisch gewesen sei und alles Geld für Näschereien ausgegeben habe. Die Angeklagte dagegen behauptete, daß ihr Mann ihr nicht genügend Wirtschaftsgeld gegeben und alles Geld mit seiner Geliebten ausgegeben habe. Tatsache ist jedenfalls, daß der Ehemann Runzel an dem Abend, als die Angeklagte die jetzt zur Anklage stehende Schreckenstat beging, mit seiner Geliebten in einem Kino saß. An diesem Abend brachte die Angeklagte ihre drei Kinder im Alter von 1½, 2½ und 7 Jahren wie sonst zu Bett und öffnete sämtliche Gashähne. Als der Mann spät nachts nach Hause kam, fand er die Wohnung dicht mit Gas gefüllt. Während die sofort angestellten Wiederbelebungsversuche bei der Angeklagten und dem siebenjährigen Mädchen von Erfolg waren, verstarben die beiden jüngeren Kinder. Die Geschworenen folgten den Ausführungen des Rechtsanwalts Dr. Lazar und bejahten nur die Schuldfrage nach Totschlag unter Zubilligung mildernder Umstände. Das Urteil lautete auf nur 9 Monate Gefängnis bei bedingter Begnadigung.

Der Kampf um den Reigen

Ungeachtet aller Voraussage ist der Reigen-Prozeß auch heute nicht zu Ende gegangen, obgleich man mit einer kurzen Mittagspause den ganzen Tag verhandelt hatte. Es ist noch nicht einmal sicher, ob man am Dienstag fertig werden wird, da die einzelnen Sachverständigen ihre Reden sehr lang ausdehnen. Immerhin hat der letzte Akt der Komödie begonnen, und man ist dementsprechend in den großen Schwurgerichtssaal übergesiedelt, wo der große Menschenandrang einigermaßen Platz gefunden hat. Es wurden noch eine Anzahl von Sachverständigen und Zeugen vernommen, die im wesentlichen nichts Neues aussagen. Professor Köster von der Leipziger Universität hat die Berliner Aufführung nicht gesehen, an der Leipziger Aufführung hat ihm mißfallen, daß als Zwischenmusik „Auf in den Kampf, Torero“ und „Ich bin eine Witwe, eine anständige Frau“ gespielt wurde.

Schließlich kommt es zu der langerwarteten Vernehmung des Sachverständigen Professor Brunner, der in seiner langweiligen Rede mit einer Aufzählung seiner Verdienste beginnt. Er bezeichnet sich selbst als Führer im Kampf gegen die Schundliteratur, den er eingeleitet haben will. Durch viele Uebung sei er ein tiefer Erzieher geworden, und seine Tätigkeit ehre ihn menschlich. Im Verlaufe seiner sehr aufgeregten Rede bezeichnet er es als eine große Tat, Gutachten über Bücher erstattet zu haben, die seiner Auffassung nach künstlerisch seien, und die auf Grund seiner Gutachten nicht verboten wurden. Einem Kind, das ein Gedicht vortragen sollte, in dem eine unanständige Stelle vorkam, habe er den Vers umgedichtet.

In der ersten Aufführung des „Reigen“ sei ihm peinlich aufgefallen, daß der junge Mann ein Stück Konfekt aus dem Munde der jungen Frau genommen und in seinen eigenen Mund geschoben habe. Die beiden Schauspieler, die diese Rolle gespielt haben, erklären, daß das sehr bald unterblieben sei, weil es das Sprechen erschwerte. Brunner hält den „Reigen“ für unsittlich. Er glaubt selbst nicht, daß Schnitzler lüsterne Zwecke verfolgt habe, er hätte auch sicher das Stück schreiben, doch nicht veröffentlichen dürfen. Es werde unzüchtig durch seine Ausgabe an ein wahlloses Publikum, und die Vermittler dessen begingen eine unzüchtige Handlung. Wie die Kunst, habe auch die Sittlichkeit des Volkes ihre eigenen Grenzen. Der Geschlechtsverkehr ist nicht eine Angelegenheit zweier Menschen, sondern eine heilige Sache für das Blut ganzer Generationen. Unser Volk sei heute krank, darum sei seine Tätigkeit von entscheidender Bedeutung. Die Erotik sei das Gift, das dem Volke heute gereicht werde, um den Direktoren die Kassen zu füllen. Gerade jetzt müßten Stücke ohne oder doch nur mit erhebender Erotik aufgeführt werden. Die Geistesfreiheit sei zur Schmutzfreiheit geworden. In früheren Zeiten sei eine derartige Gefährdung der Massen unmöglich gewesen. Er beklagte den Kampf um den „Reigen“ als die Auseinandersetzung zwischen Kapitalismus und Idealismus. Als der Sachverständige lange Zitate aus den Berliner Theatern vorliest, erhebt die Verteidigung Einspruch, ohne einen bestimmten Antrag zu formulieren. Brunner verliest u. a. die Theaterkritik der „Freiheit“ über den „Reigen“, in der die Aufführung zwar für durchaus möglich, aber doch für eine geschäftliche Spekulation auf das Kurfürstendamm-Publikum erklärt wird. Zu dem Rechtsanwalt Heine gewendet, fügt er hinzu: „Das sagen Ihre Parteigenossen!“ Heine verwahrt sich empört dagegen, als Parteigenosse der „Freiheit“ bezeichnet zu werden, die ihn im Gegenteil immer „gemein“ angegriffen habe.

Die Verhandlung wird auf Dienstag 9 Uhr vertagt.

•

Der Versuch Brunners, die „Freiheit“ für die Richtigkeit seiner Maßnahmen als Zeuge anzurufen, ist unsinnig, da die „Freiheit“ die Aufführung des „Reigens“ von Beginn als außerordentlich wertvolle künstlerische Leistung bezeichnete und den Kampf für die Aufführung des „Reigen“ am energischsten geführt hat. Die sittlich völlig einwandfreie Darstellung ist von uns stets betont worden.

Das Unterwerk Belle-Alliance-Platz, das zum Betriebe der Nord-Südbahn notwendig ist und auf der Osthälfte des Platzes neben dem Untergrundbahnbau einen großen Teil des Raumes unter den früheren Parkanlagen einnehmen wird, ist in den letzten Wochen überraschend schnell weitergebaut worden. Neben den mächtigen Fundamenten für die Maschinen, Umformer usw. ist jetzt schon ein Teil der starken Seitenwände einschließlich der Asphaltisolierungen gegen das Grundwasser fertiggestellt worden. Die neue Herstellungsweise durch Gußbeton hat sich hier gut bewährt.

Zur nächsten Stadtverordnetensitzung am Donnerstag, den 17. November, nachm. 5 Uhr, sind die Einladungen ergangen. Die Tagesordnung umfaßt acht Punkte, u. a. Annahme der Geschäftsordnung. Vorsteherwahl. Wahl eines Wahlprüfungsausschusses, Beschlußfassung über die Wahl der unbesoldeten Stadträte.

Die Fürsorgestelle für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene „Prenzlauer Berg“, Schönhauser Allee 10-11, wird am 17. November eine Beratungsstelle von 5—7 Uhr für in Arbeit stehende Kriegsbeschädigte eröffnen. Die gewöhnlichen Sprechstunden für Kriegsbeschädigte finden von 14. November ab jeden Montag, Mittwoch und Freitag von 9—12 Uhr vormittags regelmäßig statt.

Brotkarten mit Stichwort Tarbon. In der Woche vom 14. bis 20. November 1921 darf Brot und Mehl nur auf die Brotkarte abgegeben und entnommen werden, deren Abschnitte das Stichwort Tarbon tragen.

Schmetterlings- und Käferbörse. Die Groß-Berliner Entomologenvereine veranstalten am 13. November von 9—3 Uhr in der Aula, Winterfeldstr. 16, eine Tauschbörse. Zur Schau stehen in- und ausländische farbenprächtige Schmetterlinge und Käfer. Liebhaber und Naturfreunde haben Gelegenheit zu lehr- und genußreichen Stunden. Eintritt frei.

Große Mehlschiebungen in Mariendorf, durch die der Magistrat um Millionen geschädigt worden ist, erregten seinerzeit großes Aufsehen. Der Schwindler, der die großen Veruntreuungen begangen hatte, war flüchtig geworden und trotz eifriger Nachforschungen der Kriminalpolizei nicht zu finden. Jetzt ist es gelungen, ihn festzunehmen. Der 39 Jahre alte Magistratshilfsbeamte Erich Philipp hatte die von den Bäckern gelieferten Brotkartenabschnitte an Galizier weitergegeben, die sie an Bäcker anderer Gemeinden verschoben, die daraufhin größere Mengen Mehl erhielten. Den Mariendorfer Bäckermeistern, die mit Philipp unter einer Decke standen, lieferte dieser bedeutend mehr Mehl, als ihnen zustand.

Wegen eines großen Dachstuhlbrandes wurde am Sonnabend die Berliner Feuerwehr nach der Diedenhofener Straße 5 alarmiert, wo der Dachstuhl des Vorderhauses, das von zahlreichen Mietern bewohnt wird, in Flammen stand.

Mißstände in der Heilstätte Beelitz

Im Laufe der letzten Jahre gab es in der Heilstätte Beelitz wiederholt Zusammenstöße zwischen den Patienten und der Leitung der Heilstätte. Auch von dem dort beschäftigten Personal wurde oftmals über rigorose Maßnahmen der Leitung geklagt. Nachdem es jetzt einige Zeit dort ruhig war, mehren sich neuerdings wieder die Klagen. In der vorigen Woche kam es sogar zu einer Demonstration der Patienten gegen die Anstaltsleitung. Die Ursache dazu war ein Verbot, das den Patienten untersagte, Sonntags außerhalb der Anstalt spazieren zu gehen und ihre Besucher vom Bahnhof abzuholen und wieder hinzubringen. Den Besuch der Angehörigen scheint man überhaupt auf jede Weise beschränken zu wollen.

In Beelitz befinden sich jetzt nur kranke Frauen und Kinder, männliche Kranke finden in Beelitz keine Aufnahme mehr, dieselben kommen nach Privatheilanstalten. Den Frauen soll jetzt eine Hausordnung aufgezwungen werden, die alle bisher vorhandenen Freiheiten beseitigt und viele Verschlechterungen bringt. Es wird angenommen, daß nach Einführung dieser Hausordnung die Beelitzer Heilstätte auch wieder für Männer geöffnet wird. Diese Hausordnung macht dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt keine Ehre, sondern wird den entschiedensten Widerstand hervorrufen.

Der Patientenausschuß wird beseitigt. Die Patientinnen sollen nach § 5 für Instandhaltung ihres Zimmers (als wie Staubwischen und dergleichen) selbst sorgen. Die Hausordnung bestimmt, Sonntags kann weiblicher Besuch empfangen werden. Männliche Besucher werden nur zugelassen, soweit es sich um — Ehemann oder Vater handelt. In allen anderen Fällen ist eine besondere Erlaubnis des ärztlichen Direktors einzuholen. Die bis jetzt von der Verwaltung gelieferte Anstaltskleidung und Leibwäsche soll nicht mehr geliefert werden.

Diese „Hausordnung" hat bei den Patientinnen ungeheuren Unwillen erzeugt, und damit die Kur überhaupt in Frage gestellt. Am letzten Sonntag wurde denn auch „mobil" gemacht, allerdings nicht von den Patientinnen und den Versicherten, sondern von der Anstaltsleitung. Die Anstaltsleitung, die wohl fürchtete, daß ihre Maßnahmen von den Angehörigen der Patientinnen eine besondere Lobpreisung erfahren werden, hatte sich „Schupo" verschrieben. Diese rückte in einer Stärke von 60 Mann an. Ohne in Tätigkeit getreten zu sein, konnten sie aber nach guter Aetzung den Platz verlassen.

So wie die Dinge in Beelitz sich neuerdings entwickeln, darf es nicht weitergehen. Dem Vorstand der L.-V.-A. Berlin, der für diese Maßnahmen die Verantwortung trägt, muß klargemacht werden, daß die Belegschaft der Heilstätte nicht Rekruten sind, die auf Befehl eines Unteroffiziers stramm zu stehen haben, sondern Versicherte, die den größten Teil der verwendeten Mittel selbst aufbringen und daher ein Recht haben, bei der Verwendung der Mittel ein Wort mitzureden.

Parteijubilare. Im 10. Distrikt sind die Genossen August Holl, Reinickendorfer Straße 40, 25 Jahre, und Ernst Hempel, Wiesenstr. 40-41, 30 Jahre organisiert. Treu haben sie bei allen Stürmen zur Partei gestanden. Mögen uns beide Genossen noch recht lange erhalten bleiben.

Im Kinderhaus findet wieder Unterricht in Säuglingspflege statt, mit praktischen Uebungen, wöchentlich einmal. Meldungen schriftlich oder mündlich von 2 bis 6 Uhr im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 97.

„Der Schlüssel kommt!" Eine niedliche Geschichte trug sich dieser Tage auf der Kleinbahn Neukölln—Mittenwalde zu. Als die Passagiere des nachmittags um ½2 Uhr in Groß-Kinitz eintreffenden Zuges den Bahnhof verlassen wollten, fanden sie die Ausgangstüre verschlossen. Eine Dame meldete dem Stationsvorsteher diese Tatsache, und nach einiger Zeit erschien dann auch ein Beamter, aber von den mitgebrachten Schlüsseln paßte keiner. Ein Teil der Reisenden wurde nun ungehalten über diese Einsperrung, und wohl oder übel machten Bahnangestellte sich schließlich daran, die Türe aufzubrechen. Das war aber nicht so leicht. Als man mitten in der Arbeit war, rief plötzlich der Stationsvorsteher: „Aufhören, der Schlüssel kommt!" Das allgemeine Gelächter war kaum verstummt, als eine Lokomotive in den Bahnhof einfuhr und einen Beamten mit dem richtigen Schlüssel brachte, den er versehentlich in der Tasche behalten hatte. So geschehen im Jahre des Heils 1921, und zwar nicht, wie man glauben möchte, in Schildburg, sondern anderthalb Stunden vor den Toren Berlins!

Im Kampf mit dem Berge betitelt sich der neue Monumentalfilm, der dem Archiv der Treptow-Sternwarte einverleibt wurde. Er wird in dieser Woche im großen Hörsaal an folgenden Tagen vorgeführt: Sonntag nachmittags 4 und 6 Uhr, Montag abends 6 Uhr, Dienstag abends 8½ Uhr, Mittwoch (Bußtag) 6 und 8 Uhr, Donnerstag abends 8 Uhr. Dienstag nachmittags 5 Uhr wird der Film „Wunder des Meeresgrundes" gezeigt, abends 7 Uhr „Milchstraße und Nebelgestirne" (Vortrag mit Lichtbildern von Direktor Dr. Archenhold), Sonnabend abends 8 Uhr „Wunder des Meeresgrundes". Mit dem großen Fernrohr werden bei klarem Wetter von 2 bis 3 Uhr die Sonne, von 3 bis ½5 Uhr ein Fixstern, von 5 bis 10 Uhr der Mond, Doppelsterne oder Ringnebel in der Leier beobachtet. Führungen durch das astronomische Museum finden täglich von 2 Uhr nachmittags bis 8 Uhr abends statt.

Die Schlange der Durga lautet der Titel der neuen Pantomime des Zirkus Busch. Sie ist sehr farbenprächtig, sehr personenreich und hat einen Akt, der im Wasser spielt, unter gütiger Mitwirkung von indischen Wasserbüffeln, Elefanten und anderen vierbeinigen Schauspielern, die ihre Sache mindestens ebensogut machen wie die zweibeinigen. Der vorausgehende bunte Teil enthält eine Fülle von ausgezeichneten Nummern.

Der Volks-Feuerbestattungs-Verein Groß-Berlin, Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit, veranstaltet am Sonntag, den 20. November, Totensonntag, zur Ehrung seiner verstorbenen Mitglieder drei Gedächtnisfeiern. Nachm. 3 Uhr im Ufa-Palast am Zoo, Hardenbergstr. 29a, nachm. 4 Uhr in der Philharmonie in der Bernburger Straße und mittags 1 Uhr in der Aula des Luisen-Gymnasiums, Turmstr. 87.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung wird in den nächsten Tagen die von der N. A. G. für ihn erbauten beiden Automobile für die Beförderung der Leichen vom Sterbehaus zum Krematorium in Betrieb nehmen. Die Bestimmung des Wagens ist durch das in Scheiben geätzte Wappen des Vereins, die durch einen Schleier halb verhüllte Urne, gekennzeichnet.

Der Verein der Freidenker für Feuerbestattung veranstaltet am Totensonntag in der Volksbühne, Stadthalle und der Aula in Reinickendorf eine Toten-Gedächtnisfeier. Näheres im Inseratenteil.

Die Neuköllner Jugendpflege-Woche

Das Bezirksjugendamt Neukölln teilt mit: Der Besuch der Jugendpflegewoche (12.—19. Dezember 1921) durch Vertreter von Jugendämtern anderer Städte wird, nach den bisherigen Anmeldungen zu urteilen, sehr groß sein. Wir bitten diejenigen Einwohner, die über möblierte Zimmer verfügen oder sonst die Möglichkeit der Unterbringung von Teilnehmern haben, uns möglichst bald schriftliche Angebote unter Angabe des Preises zu machen. Zuschriften sind zu richten an das Bezirksjugendamt Neukölln, Rathaus, Zimmer 278.

Jugendfürsorge im Bezirk Treptow. Das Bezirksjugendamt Treptow hat eine Abteilung Jugendfürsorge geschaffen, die u. a. sich die Aufgabe gestellt hat, die Eltern schwer erziehbarer Kinder zu unterstützen. In den einzelnen Ortsteilen des Bezirks werden besondere Sprechstunden abgehalten, in denen Eltern, die in der Erziehung und Pflege ihrer Kinder Schwierigkeiten haben, Rat und Hilfe erteilt wird. Die Sprechstunden werden abgehalten: in Oberschöneweide, Luisenstraße 33, Zimmer 13, am Dienstag nachmittag 5 bis 7 Uhr; in Niederschöneweide, Gemeindeschule Britzer Straße, Lesezimmer 1. Bibliothek, Freitag 8 bis 10 Uhr vormittags; in Adlershof, Bismarckstraße 1, Zimmer 1, Montag 5 bis 7 Uhr nachmittags; in Alt-Glienicke, Grünauer Straße 60, Zimmer 13, Donnerstag 8 bis 10 Uhr vormittags.

Arbeiter-Kinderchor Neukölln. In Neukölln besteht seit einem Jahr ein Kinderkor, der es sich zur Aufgabe gestellt hat, den vierstimmigen, künstlerischen Chorgesang zu pflegen. Die Parteigenossen werden ersucht, denselben mit allen Kräften zu unterstützen, indem sie demselben ihre Kinder zuführen. Die Uebungsstunden sind Sonntags von 8—10 Uhr im Gesangsaal der Knaben-Mittelschule, Donaustraße 12a. Monatsbeitrag 1.— M., jedes zweite Kind einer Familie 50 Pf., weitere Kinder sind frei. Eintritt 1.— M.

Die sozialistische Proletarierjugend Gesundbrunnen veranstaltet heute, Sonntag, einen Elternabend in der Aula Pankstraße Ecke Böttcherstraße. Es wird ein sehr reichhaltiges Programm geboten unter Mitwirkung des Gesangvereins „Harmonie" Wedding. Anfang 6 Uhr abends. Eintritt: 1,25 M.

Jugendbewegung

Sozialistische Proletarierjugend Groß-Berlin.

Zentrale Breite Str. 8-9. Jugendsekretariat geöffnet jeden Donnerstag von 7 bis 9 Uhr. Veranstaltungen der Gruppen für die kommende Woche sind der Zentrale spätestens am vorhergehenden Donnerstag mitzuteilen. Donnerstag, 7 Uhr, Sitzung der Zentrale im Jugendsekretariat.

Gruppenveranstaltungen.

Zentrum: An der Stralauer Brücke 6. Dienstag, Mitgliederversammlung. Sonntag, 5 Uhr, Zusammenkunft, Arbeiter-Bildungsschule. — **Stralauer Viertel:** Montag, Reigenabend. Freitag, Unterhaltungsabend. — **Lichtenberg:** Dossestr. Nr. 22. Montag, Leseabend. Mittwoch, Gruppenversammlung. Freitag, Vortrag: „Arbeiterjugend und sexuelle Frage". — **Adlershof:** Hackenbergstr. 14. Dienstag, Musikabend. Sonntag, Unterhaltungsabend. — **Neukölln-Britz:** Jugendheim Schierkestr. 44. Dienstag, Diskussionsabend. Freitag, Vortrag des Genossen Höhe: „Arbeiter und Volksgesundheit". Jugendheim Britz, Chausseestr. 48, Rathaus. Montag, Vortrag: „Entwicklungsgeschichte der Erde". Mittwoch, Leseabend. Jugendheim, Kaiser-Friedrich-Str. 4 (Schule), Diskussionsabend über den „Jungen Kämpfer". Sonntag, 20. November, Jugendheim, Schierkestraße, 7 Uhr, Heiterer Abend. — **Weißen:** Sonntag, 13. November, Zusammenkunft beim Genossen Lutter, Magdeburger Str. 20, zum Einüben der Reigentänze. Montag, Vortrag des Genossen Mendelsohn: „Aufgaben der S. P. J.". Freitag, Mitgliederversammlung. — **Schöneberg:** bei Friedrichs, Wartburgstr. 8. Montag, Bunter Abend. Donnerstag, Esperanto-Kursus. Freitag, Mitgliederversammlung. — **Moabit:** Dienstag, Leseabend. Freitag, Vortrag: „Aufgaben der S. P. J.". — **Prenzlauer Berg:** Greifenhagener Str. 58 (Schule). Dienstag, Unterhaltungsabend. Instrumente sind mitzubringen. Freitag, Monatsversammlung. — **Rosenthaler Vorstadt:** Ruppinerstr. 48. Dienstag, Vortrag: „Lebensreform und Sozialismus". Freitag, Leseabend. — **Wedding:** Sonntag, 13. November, Führung durch Alt-Berlin. Montag, Bücherausgabe bei Laufant, Nordufer 7-8. Dienstag, Vortrag: „Das Leipziger Aktionsprogramm". Donnerstag, Spiel- und Unterhaltungsabend. Freitag, Diskussionsabend, Müllerstraße, Ecke Triftstraße (Schule). Sonntag, 20. November, Tone-lauf. — **Niederschönhausen:** Schlegel, Eichenstr. 44. Sonnabend, Unterhaltungsabend. — **Reinickendorf-Ost:** Jugendhalle Seebad. Mittwoch, Leseabend: Die Pariser Kommune. Sonnabend, Mädchenabend.

Parteiveranstaltungen

Bezirksverband Berlin-Brandenburg

Die 20 Distrikte von Klein-Berlin und die Distrikte Neukölln und Lichtenberg werden ersucht, die Plakate für die öffentlichen Versammlungen bestimmt Montag vom Bureau, Breite Str. 8-9, abzuholen.

Sonntag, 13. November

5. **Verwaltungsbezirk**, 17. Distrikt. Vorm. 8 Uhr Materialausgabe bei Wittkus.
1. **Distrikt** (Berlin-Mitte). Abteilungsführer sofort Plakate abholen bei Jordan, Dresdener Str. 124.
5. Distrikt. Bezirksführer Plakate abholen von Keiser, Gotzkowskystraße.
6. Distrikt. Bezirksführer Plakate abholen von Krüger, Wullistr. 10.
20. Distrikt (Kreuzberg). Abteilungsführer Plakate abholen von Lier, Naunynstraße 9.

Montag, 14. November.

4. **Verwaltungsbezirk** (11., 12., 13., 14. Distrikt). Abends 7½ Uhr gemeinsame Funktionärkonferenz bei Glische, Kopenhagener Str. 74. Der Wichtigkeit halber darf kein Funktionär fehlen.
6. **Verwaltungsbezirk** (Hallesches Tor). Abends 6 Uhr Kinderabend bei Krüger, Grimmstr. 1. Alle Kinder sind herzlich eingeladen.
15. **Verwaltungsbezirk.** Abends 7 Uhr Frauenleseabend des gesamten Bezirks in der Schulaula Niederschöneweide, Berliner Str. 31. Vortrag der Reichstagsabgeordneten Genossin Ziek.
15. **Verwaltungsbezirk**, Abteilung Baumschulenweg. Die Genossen, die sich für die Arbeiten zur weltlichen Schule noch nicht gemeldet haben, treffen sich Montag, abends 7 Uhr, bei Vages, Baumschulenstraße, Ecke Ernststraße.
20. **Verwaltungsbezirk** Reinickendorf, Tegel. Abends 6½ Uhr Vorstandssitzung im Sitzungszimmer Nr. 60, Reinickendorf-Ost, Hauptstr. 48.
2. **Distrikt.** Besichtigung der „Freiheit"-Druckerei. Treffpunkt abends 6 Uhr auf dem Hofe Breite Str. 8-9.
7. **Distrikt.** Abends 7 Uhr Distriktskonferenz bei Caros, Boltastr. 37.
8. **und 9. Distrikt.** Abends 7 Uhr Kursus der Genossin Geyer: Was ist Sozialismus? bei Klinge, Sellerstr. 14.
10. **Distrikt** (Gesundbrunnen). Kommunale Kommission. 7 Uhr Schule, Christianiastr. 44, Zimmer 16. Stadt- und Bezirksverordnete sind eingeladen.
11. **Distrikt.** 7 Uhr Generalversammlung. Funktionäre und Mitglieder müssen erscheinen. Stellungnahme zum Parteitag.
12. **Distrikt**, 3. Abteilung. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula Senefelder Str. 6. Funktionäre laden ein.
14. **Distrikt.** Abends 8 Uhr Sitzung der Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Hahn, Wörtherstr. 25.
17. **Distrikt** (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Frauenabend bei Schweitzerdt, Alte Jakobstr. 24. Vortrag des Genossen Eckert.
18. **Distrikt** (Kreuzberg). Kinderabend von 6—8 Uhr bei Krüger, Grimmstr. 1. Eintritt frei.
19. **Distrikt**, 2. Abteilung (Kreuzberg). Abends 7½ Uhr Sitzung der Kolonnenkommission und Abrechnung der Bezirksführer bei Nebisch, Gneisenaustr. 17.
20. **Distrikt** (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Distriktskonferenz im Reichenberger Hof, Reichenberger Str. 147.

Charlottenburg. Frauenleseabend. Abends 7½ Uhr im Rathaus, Zimmer 4. Referat und Aussprache über die Frauenkonferenz in Leipzig.

Schöneberg-Friedenau. Abends 7½ Uhr Frauenleseabend bei Wernike, Ebersstraße 16. Es ist Pflicht jeder Genossin zu erscheinen. Wichtige Tagesordnung.

Neukölln-Britz. 7 Uhr Sitzung der Geschäftsleitung im Bureau. Von 5—7 Uhr holen die Bezirksführer Material vom Bureau.

Reinickendorf-West. Abends 8 Uhr Frauenleseabend im Volkshaus. Vortrag der Genossin Lungwitz.

Cöpenick. Abends 7½ Uhr öffentliche Elternversammlung in der Aula der Dorotheen-Schule. Rektor Dahlke spricht über die weltliche Schule.

Dienstag, 15. November.

7. **Verwaltungsbezirk.** 4. Distrikt. Abends 7 Uhr Generalversammlung in der Schulaula, Pallasstr. 15. Vortrag des Genossen Wurm: Stellungnahme zum Parteitag.
15. **Verwaltungsbezirk**, Abteilung Treptow. Abends 7 Uhr Abteilungsversammlung im Zeichensaal der Schule Wildenbruchstraße, Ecke Graetzstraße. Tagesordnung: Stellungnahme zum Parteitag.
5. u. 6. **Distrikt.** Abends 7½ Uhr für Kinderschutz- und Frauenarbeitskommission und Genossinnen, die mitarbeiten wollen, Sitzung bei Kaiser, Gotzkowskystr. 34.
8. **Distrikt** (Wedding). Agitationskommission. Abends 7 Uhr Sitzung bei Kroll, Utrechter Str. 21.
18. **Distrikt**, 1. Abteilung (Kreuzberg). Abends 7 Uhr Sitzung der kommunalen Kommission und der ehrenamtlich tätigen Genossen bei Sauer, Alexandrinenstraße Nr. 119-120. Erscheinen unbedingt notwendig.

Weißensee. Abends 7 Uhr Frauenarbeits- und Kinderschutzkommission bei Neumann, Kölde- und Charlottenburger Straße-Ecke. Tagesordnung: Vortragsabend und Weihnachtsbescherung. Jede Genossin ist verpflichtet zu erscheinen.

Mittwoch, 16. November.

1. Distrikt (Berlin-Mitte). Besichtigung des Westhafens. Treffpunkt mittags 1½ Uhr am Bahnhof Putlitzstraße.
9. Distrikt. Vorm. 10 Uhr äußerst wichtige Funktionärsitzung bei Kroll, Utrechter, Ecke Hennigsdorfer Straße. Bestimmt und pünktlich erscheinen.

Berliner Bühnen-Spielplan

Vom 13. November bis 21. November

Wechselnder Spielplan

Volksbühne: 13., 14., 16., 18., 21. Masse Mensch. 15. Der Bauer als Millionär. 17., 19., 20. König Lear. — **Neues Volks-Theater:** 13., 17. Jugendfreunde. 14., 16. Wildente. 15. Rose Bernd. 18., 19., 20. Passion. — **Staatl. Schauspielhaus:** 15., 18., 20. Othello. 16. Tasso. 17., 21. Peer Gynt. 19. Fiesko. — **Staatl. Opernhaus:** 12. Hoffmanns Erzählungen. 13. Tosca. 14. Traumbaur. 15. Mad. Butterfly. 16. Tristan. 17. Mignon. 18. Barbier von Sevilla. 19., 21. Christelflein. 20. Lohengrin. — **Deutsches Theater:** 16., 18. Othello. Sonst: Louis Ferdinand, Prinz von Preußen. — **Großes Schauspielhaus:** 19. Die Weber. Sonst: Götz von Berlichingen. — **Lessing-Theater:** 13. Der lasterhafte Herr Tschu. 16., 21. Peer Gynt. Sonst: Die Spielereien einer Kaiserin. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** Bis 17., 19., 21. Manon Lescaut. 18., 20. Sibella. — **Residenz-Theater:** Bis 15. Der König. 16. Eschen Humbracht. Ab 17. Das weite Land. — **Neues Theater am Zoo:** 13., 14., 15. Das Ewig-Männliche. 16. Beethoven-Abend Lalarge. Ab 17. Der Dummkopf. — **Deutsches Opernhaus:** 13. Der fliegende Holländer. 14. Tannhäuser. 15. Die toten Augen. 16., 19., 20. Parsifal. 17. Rigoletto. 18. Fidelio. 21. Troubadour. — **Schiller-Theater:** 13., 14., 17., 21. Meine Frau — die Hofschauspielerin. 16. Don Carlos. Sonst: Die Schmetterlingsschlacht. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 13., 14., 15., 17., 18., 21. Das Konzert. 16. Maria Magdalena. 19., 20. Weber. — **Urania:** 13., 15., 16., 17., 18. Wunder des Schneeschuhs. 14. Im Flugzeug zum Monde. 19. Spiel und Sport. — **Treptower Sternwarte:** 13., 16., 17. Im Kampf mit dem Berge. 13., 14. Wunder des Schneeschuhs. 19. Wunder des Meeresgrundes.

Allabendlich

Kammerspiele: Der Hühnerhof. (Bußtag: Frühlings Erwachen.) — **Deutsches Künstler-Theater:** Der heilige Ambrosius. (Bußtag: Die Spielereien einer Kaiserin.) — **Berliner Theater:** Prinzessin Olala. (Bußtag: Salome.) — **Komödienhaus:** Die Fahrt ins Blaue. (Bußtag: Satans Maske. Mit dem Feuer spielen.) — **Trianon-Theater:** Mein Freund Teddy. (Bußtag: Lady Windermeres Fächer.) — **Kleines Theater:** Fräulein Josette — meine Frau. (Bußtag: Die Freundin.) — **Die Tribüne:** Die fremde Frau. (Bußtag: Der Wettlauf mit dem Schatten.) — **Theater am Kurfürstendamm:** Ingeborg. (Bußtag: Die fremde Frau.) — **Lustspielhaus:** Beim Brauer. — **Kleines Schauspielhaus:** Kiki. (Bußtag: Nachtasyl.) — **Jüdisches Künstler-Theater:** Dybuk. — **Intimes Theater:** Lauf doch nicht immer nackt herum. Die Spelunke. — **Metropol-Theater:** Die Straßensängerin. — **Theater des Westens:** Die Braut des Lucullus. (Bußtag: Die Schöpfung.) — **Theater am Nollendorfplatz:** Die Ehe im Kreise. (Bußtag: Christus.) — **Neues Operetten-Theater:** Die Königin der Nacht. — **Komische Oper:** Der Herr der Welt. — **Wallner-Theater:** Kirchen. (Bußtag: Nachtasyl.) — **Thalia-Theater:** Schäm dich, Leila. — **Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater:** American Girl. — **Zentral-Theater:** Das Detektivmädel. — **Volksoperette Moabit:** ... — **Theater des Ostens:** Jung muß man sein. — Fidele Brüder. (Bußtag: Geschlossene Vorstellung.) — **Lessing-Theater:** Der Weg zum Glück.

Vor- und nachmittags

Volksbühne: 13. Der Bauer als Millionär. 16., 20. Käthchen von Heilbronn. — **Neues Volks-Theater:** 13. Die Wildente. — **Neues Theater am Zoo:** 15., vorm.: Matinee Lichtenstein. Nachm.: Die Geheimnisse der heiligen Messe. 19., nachm.: Iphigenie auf Tauris. 20. Dr. Welpe. — **Deutsches Opernhaus:** 13. Der Postillon von Lonjumeau. — **Schiller-Theater:** 13. Helden. — **Schloßpark-Theater Steglitz:** 13. Minna von Barnhelm. 20. vorm., Dante-Feier. Nachm.: Maria Magdalena. — **Deutsches Theater:** 13. Die Büchse der Pandora. — **Kammerspiele:** 13. Frühlings Erwachen. 20. Ostern. — **Großes Schauspielhaus:** 13., 20. Die Räuber. — **Lessing-Theater:** 13., 20. Die Marquise von Arcis. — **Deutsches Künstler-Theater:** 13., 20. Flamme. — **Theater in der Königgrätzer Straße:** 13. Mit dem Feuer spielen. Satans Maske. — **Berliner Theater:** 13. Milliardensouper. — **Komödienhaus:** 13. Jonnys Busenfreund. — **Residenz-Theater:** 13. Eschen Humbracht. — **Trianon-Theater:** 13. Die große Leidenschaft. — **Kleines Theater:** 13. Der Dieb. — **Lustspielhaus:** 13. Nachtasyl. — **Kleines Schauspielhaus:** 13. Kindertragödie. — **Intimes Theater:** 20. Drei Einakter. — **Theater des Westens:** 13. Der ersten Liebe goldne Zeit. 17. Die Haubenlerche. 19. Hänsel und Gretel. — **Theater am Nollendorfplatz:** 13., 20. Der Vetter aus Dingsda. 14., 17., 18. Terranova Tasso. 15., 16. Schneeweiß und Rosenrot. — **Theater des Ostens:** 13. Das Glück der kleinen Leute. 19. Dornröschen.

Turmstr. 76 **Lachmann & Scholz** Ottostraße 1

WARENHAUS

Die Spielwaren-Ausstellung ist eröffnet

Wäsche

Damen-Hemden	Renforcé, mit bester Stickerei .. 78.00, 59.00	46.50
Damen-Beinkleider	....48.50, 28.50	24.50
Damen-Untertaillen	mit Stickerei 28.50, 22.75	16.50

Kinder-Wäsche

Lätzchen	mit Stickerei 8.75, 6.75	4.75
Strickjäckchen	.... 12.50, 8.75	6.75
Windelhosen	.... 32.00, 27.00	24.00

Stickerei und Spitzen große Auswahl!

Schürzen

Wiener Form	reich garniert, mit Volant .. 40.75, 36.75	31.75
Kinderhänger	Leinen gestreift, m. bester Garnierung, Größe 45	23.50
Kinderreformschürze	Größe 60	29.50

Man verlange Rabattmarken!

Gewerkschaftliches

Konferenz der Ortsausschüsse des A. D. G. B. und AfA-Bundes der Provinz Brandenburg

Am Sonnabend begann in Berlin eine Konferenz der Ortsausschüsse des A. D. G. B. und Afa-Bundes der Provinz Brandenburg. Für die Konferenz sind zwei Tage vorgesehen. Zu Vorsitzenden wurden Genosse Sabath und Flatau gewählt.

Ueber

Bezirkswirtschaftsräte

referierte Clemens Nörpel. Als Extrakt seiner Ausführungen legte er der Konferenz eine Entschließung vor, in der Protest erhoben wird **gegen die Verschleppung des Gesetzes über die Bezirkswirtschaftsräte und den Reichswirtschaftsrat.** Die gleichberechtigte Mitwirkung der Arbeiter und Angestellten im Wirtschaftsleben ist gerade jetzt mehr als je notwendig. Die Durchführung der

Erfassung der Sachwerte,

die planmäßige Ordnung der Wirtschaftsführung ist Aufgabe der Bezirkswirtschaftsräte und des Reichswirtschaftsrats, welche Körperschaften daneben noch als Arbeitsbehörden die Ausführung sämtlicher sozialpolitischen Gesetze überwachen müssen.

Die Konferenz verlangt weiter, daß die bestehenden reinen Unternehmerkammern als Unterstufe zu den Bezirkswirtschaftsräten paritätisch ausgebaut werden. Für ganz Brandenburg einschließlich Berlin ist nur ein Bezirkswirtschaftsrat zu bilden. Die Bildung des Bezirkswirtschaftsrats für die Provinz Brandenburg muß durch Urwahl aller Arbeitnehmer erfolgen. Die Bildung einer sogenannten dritten Abteilung (freie Berufe, Beamte, Wissenschaft, Gemeindevertreter, Hausbesitzer, Mieter, Hausfrauen) als besondere Vertretung wird abgelehnt. Ebenso die Bildung einer besonderen Verbraucherkammer.

Die Vertreter der Arbeitnehmer der Provinz Brandenburg erwarten, daß von dem provisorischen Reichswirtschaftsrat die Vorarbeiten zu dem Gesetz mit größter Beschleunigung beendet werden, damit der Reichstag das Gesetz beschließen kann und den Arbeitern und Angestellten die in der Reichsverfassung garantierte gleichberechtigte Mitwirkung in allen Fragen des Wirtschaftslebens auch in der Tat gewährleistet ist.

Nach kurzer Aussprache, die sich nur im Sinne der Resolution bewegte, wurde die Entschließung einstimmig angenommen.

Hierauf referierte Guiard über **„Die arbeitsrechtlichen Gesetzentwürfe“.** Der Referent forderte, daß im Sinne des Artikels 157 der Reichsverfassung ein **einheitliches Arbeitsrecht** geschaffen werden müßte. Der Redner kritisierte eingehend die einzelnen Gesetzentwürfe und unterbreitete zu den einzelnen Entwürfen der Konferenz nachstehende Entschließungen:

a) **Arbeitsnachweisgesetz:** Der im Entwurf vorgesehene, fast ausschließlich bureaukratische Einfluß in Verwaltungsangelegenheiten ist zu beseitigen. Die Arbeitsnachweise müssen unter paritätische Verwaltung der Arbeitnehmer und Arbeitgeber gestellt werden und ausschließliche Selbstverwaltungskörper bleiben. Die gewerbsmäßige Stellenvermittlung hat spätestens ein Jahr nach Inkrafttreten des Gesetzes aufzuhören. **Bei Streiks und Aussperrungen hat die Arbeitsvermittlung für die davon betroffenen Betriebe zu ruhen.** Im Hinblick auf die Vermittlungstätigkeit wird der Melde- und Benutzungszwang verlangt.

b) **Tarifgesetz:** Der Entwurf wird als eine geeignete Grundlage für den Ausbau eines Tarifrechts betrachtet. Um Auslegungsstreitfragen zu beseitigen, ist der **Begriff der Verletzung der Friedenspflicht im Entwurf genau festzulegen.**

c) **Arbeitszeit:** Der Entwurf wird als völlig unbrauchbar abgelehnt, da er der Durchbrechung des Achtstundentages **Tür und Tor öffnet.** Außerdem wird verlangt, daß über die Arbeitszeit ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, in dem die Regelung für alle Arbeiter und Angestellten gemeinsam vorgesehen ist.

d) **Arbeitsgericht:** Die Notwendigkeit der Beibehaltung der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte, bezw. deren Ausbau zu Arbeitsgerichten wird ausdrücklich betont. Der vorliegende Entwurf bietet hierfür eine geeignete Grundlage. **Dem Bestreben auf Angliederung an die ordentlichen Gerichte ist entgegenzutreten.**

Schlichtungsordnung:

Beseitigung aller die Beweglichkeit der Gewerkschaften ausschließenden Bestimmungen, insbesondere der in § 55 vorgesehenen **Einengung des Streikrechts,** sowie **Ausschaltung des juristischen und bureaukratischen Einflusses.**

Die vorliegenden Gesetzentwürfe sind infolge ihres inneren Zusammenhanges nicht getrennt sondern unter allen Umständen zum gleichen Termin in Kraft zu setzen, um eine sonst unausbleiblich eintretende Rechtsunsicherheit zu verhindern.

Die Aussprache über das Referat und die Entschließungen war eingehend und rege. Wiederholt wurde betont, daß man die geplante „Juristerei“ unbedingt ablehnen müsse. Nach dem Schlußworte des Referenten wurden die Entschließungen einstimmig angenommen.

Reaktion bei Siemens

Werner v. Siemens, einer der Häupter der Firma Siemens u. Halske, ist eine demokratische Leuchte. Welcher Art „Demokratie“ aber in seinen Werken geübt wird, ist an folgendem Vorfall zu ersehen: Anläßlich der Demonstration am 9. November begingen zwei Vertrauensleute das große Verbrechen, Zettel herumgehen zu lassen auf denen sich diejenigen Arbeiter einzeichnen sollten, die gewillt waren, um 2 Uhr den Betrieb zu verlassen. Diese Zettel wollten dann dem Meister übergeben werden, damit dem einzelnen Arbeiter unnötige Laufereien erspart blieben. In einigen Abteilungen traten sogar die Meister von selbst an die Vertrauensleute heran, um sie zu einem solchen Vorgehen zu veranlassen. Ein sogenannter „Auchkollege“ hielt in einer Abteilung eine Liste fest, überbrachte sie dem Obermeister, dieser lief wieder sofort zum Betriebsmeister, Baumeister Willner, und dieser wußte nichts Besseres zu tun, als auf Grund einer Denunziation die Entlassung von zwei Arbeitern zu verfügen. Im Wernerwerk 3 entstand darob eine große Empörung und eine Rückgängigmachung der Entlassungen wurde verlangt. Die ersten Verhandlungen blieben ergebnislos. Am 10. November mittags trat darauf der größte Teil des Wernerwerks in passive Resistenz ein. Nachmittags fand eine große Betriebsversammlung statt, in der nach längerer Diskussion der Beschluß gefaßt wurde, die Arbeit zunächst aufzunehmen, die Verhandlungen aber weiterzuführen. Erneute Verhandlungen am Freitag blieben ebenfalls erfolglos, so daß die Gefahr bestand, daß die Belegschaft des ganzen Siemenskonzerns in den Kampf treten würde. Erst in letzter Minute wurde auf Grund von Unterhandlungen mit den Verbänden eine Einigung erzielt, dahingehend, daß eine Schlichtungskommission in kürzester Zeit die strittige Angelegenheit klären solle.

Die vorkriegszeitlichen gelben Traditionen in den Siemenswerken scheinen noch nicht überwunden zu sein. Vielleicht läßt es sich Werner v. Siemens angelegen sein, von derartig provokatorischen Methoden Untergebener abzurücken und dafür zu sorgen, daß solche anmaßlichen Allüren in Zukunft unterbleiben.

Das Klasseninteresse siegt

Aus Düsseldorf wird uns gemeldet:

Nachdem die Metallarbeiter den in der Lohnbewegung gefällten Dortmunder Schiedsspruch mit überwiegender Mehrheit abgelehnt haben, haben gestern abend die Funktionärversammlungen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes und des **Christlichen Metallarbeiter-Verbandes** beschlossen, am Montag morgen in den Ausstand zu treten. Diesem Beschluß haben sich auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine angeschlossen. Vom Ausstand betroffen werden alle der Arbeitgebervereinigung angehörenden Betriebe.

Daß hier die Hirsche und Christlichen eine gemeinsame Front bilden, ist zu begrüßen und als Zeichen der Zeit zu werten.

USP-Funktionäre des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Heute, Sonntag, vormittags 10 Uhr, findet in der Schulaula am Koppenplatz eine wichtige Versammlung sämtlicher Funktionäre (Vertrauensleute, Betriebsräte, Mitglieder der Verwaltung sowie Delegierte zur Generalversammlung) statt.

Tagesordnung: 1. Die wirtschaftliche Lage. 2. Wichtige Parteiangelegenheiten. Referent Gen. Seger.

Mitgliedsausweis der USP. und des Metallarbeiterverbandes legitimieren.

Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.
J. A.: H. Holz.

Der neue Lohntarif in Sowjetrußland

Der Allrussische Gewerkschaftsrat hat das neue Tarifsystem angenommen, welches auf dem Grundsatz des Existenzminimums aufgebaut ist und 17 Tarifgruppen umfaßt. Dem sowjetamtlichen Wirtschaftsorgan „Ekonomitscheskaja Shizn“ zufolge wird der Monatslohn für die niedrigste Gruppe 450000 Rubel, für Gruppe 6 (qualifizierte Arbeiter) 900 000, für Gruppe 17 (Verwaltungs- und technisches Personal) 2 250 000 Rubel betragen. Ein volles Existenzminimum könne erst von der 8. Gruppe an (1 125 000 Rubel) gewährt werden. Auch werde der Staat von den ursprünglich in Aussicht genommenen 3 630 000 Arbeitern der staatlichen Industrie und des Transportwesens nicht mehr als drei Millionen versorgen können. Das Blatt verlangt die schleunige Durchführung des neuen Tarifs, da die lokalen Gewerkschaftsräte vielfach bereits wesentlich höhere Lohnsätze festgesetzt hätten. Auch müßten die Akkordlöhne beschränkt werden, da sie bisher den Arbeitern die Möglichkeit boten, den Grundlohn um das Fünf- bis Sechsfache zu überschreiten.

Stuck- und Gipsbaubranche! Nachdem Arbeitgeber und Arbeitnehmer den Schiedsspruch vom 4. November 1921 angenommen, sind folgende Stundenlöhne ab 1. November zu zahlen: für Bildhauer (Mindestlohn) inkl. 10 Pfg. Werkzeugentschädigung 12 M., für Stuckateure, Koksasche-, Rabitz- und Zementdrahtputzer sowie Plattensetzer inkl. 10 Pfg. Werkzeugentschädigung 12 M., für Rabitzspanner inkl. 10 Pfg. Werkzeugentschädigung 11,70 M., Putzerträger 11,60 M., Hilfsarbeiter 10,25 M. Auslösung bei auswärtigen Arbeiten ist täglich mindestens 25 M. zu zahlen. Die Sektionsleitung.

Nach-
denken!

Das zeichnet den denkenden Raucher aus, daß er zu der Marke hält, die Güte und Preiswürdigkeit in sich vereint.
Nicht alles Billige ist schlecht, und keineswegs ist das teuerste immer das beste.
Anerkannt gut, aber immer noch angemessen im Preise sind nach wie vor

die guten MASSARY Zigaretten

Massary-Classe 50 ₰ Caid 60 ₰ Roal 70 ₰

Gruppenvollversammlungen im November

Gruppe 1, Bank und Handel, Gruppe 5, Freie Berufe, Gruppe 12, Staatliche und kommunale Behörden, Gruppe 15, Sozialversicherung, Montag, 21. November, 7 Uhr, in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Gruppe 2, Baugewerbe, Gruppe 7, Holzindustrie, Mittwoch, 23. November, 6 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer, Saal 4. — Gruppe 3, Bekleidungsindustrie, Gruppe 10, Lederindustrie, Donnerstag, 24. November, 6 Uhr, Berliner Vereins- und Konzertsäle (Arminhallen), Kommandantenstr. 58-59. — Gruppe 8, Landwirtschaft und Gärtnerei, Gruppe 9, Lebens- und Genußmittel, Gruppe 13, Verkehr, Montag, 28. November, 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelufer, Saal 4. — Gruppe 11, Metallindustrie, Mittwoch, 30. November, 6 Uhr, Germania-Prachtsäle, Chausseestr. 110. — Gruppe 4, Chemische Industrie, Gruppe 6, Graphisches Gewerbe, Donnerstag, 1. Dezember, 5 Uhr, Berliner Vereins- und Konzertsäle (Arminhallen), Kommandantenstr. 58-59.

Die Tagesordnung lautet bei allen Versammlungen: 1. Die Lohnerhöhungen und ihre Rückwirkungen auf das Wirtschaftsleben. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale f. d. Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin. J. A.: E. Barth.

Differenzen bei den Kraftdroschkenführern

Die Unternehmer der Benzindroschken verspüren ausgerechnet jetzt das Bedürfnis, die „hohen Löhne" der Benzindroschkenfahrer herabzusetzen. Zu dieser geplanten Lohnreduzierung nahmen die Fahrer in einer gut besuchten Versammlung am Freitag Stellung. Der Branchenleiter Lachmund erklärte, daß das Vorgehen der Unternehmer als nackter Tarifbruch bezeichnet werden muß. Ein Beweis dafür ist es, daß manche Unternehmer diesen Skandal nicht mitgemacht haben. Die Fahrer denken nicht daran, sich diese tarifwidrige Lohnreduzierung gefallen zu lassen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wird gegen das Vorgehen der Unternehmer protestiert und die Verbandsleitung beauftragt, sofort mit den Kraftdroschkenbesitzern in Verhandlungen zu treten.

Weihnachtsunterstützung für arbeitslose Metallarbeiter. Um den arbeitslosen Verbandsmitgliedern eine Weihnachtsunterstützung angedeihen zu lassen, werden Marken zu 5 M. und 2 M. herausgegeben, die von Montag, den 14. November, ab im Bureau, Linienstraße 83—85, Zimmer 10, beim Kollegen Tirpitz erhältlich sind. Zur Entgegennahme der Marken ist das genannte Zimmer bis auf weiteres Dienstags und Freitags bis 8 Uhr und an den übrigen Werktagen bis um 5 Uhr geöffnet. Es sollen die Sondermarken für vier Wochen, und zwar vom 14. November bis 10. Dezember (47. bis inkl. 50. Woche) geklebt werden. Unterstützung sollen alle Kollegen und Kolleginnen erhalten, die sechs Wochen Mitglied und in der Woche vom 12. bis 17. Dezember arbeitslos sind. Wir richten nun den dringenden Appell an alle Betriebsräte, Vertrauensleute und sonstige Funktionäre unserer Organisation, mit voller Kraft dahin zu wirken, daß diesem Werk proletarischer Solidarität der Erfolg nicht versagt bleibt.

Bauarbeiter! Der Winter ist vor der Tür. Eine größere Anzahl von Bauarbeitern werden bei der jetzigen Jahreszeit — aus Anlaß von kurz- oder langfristigen Frostperioden und sonstigen Witterungsverhältnissen — oftmals gezwungen, ihre Berufstätigkeit vollständig einzustellen. Die hiervon Betroffenen werden also arbeitslos und sind genötigt, die Erwerbslosenfürsorge in Anspruch zu nehmen. Um allen unnötigen Anfragen zu begegnen, geben wir hiermit bekannt, daß im November v. J. zwischen dem Verband der Baugeschäfte und dem Deutschen Bauarbeiterverband nachstehende Vereinbarung geschlossen wurde: 1. Werden Arbeitnehmer wegen Frostes entlassen, so ist ihnen von ihrem Arbeitgeber bzw. dessen Stellvertreter eine Bescheinigung auszustellen, welche zum Ausdruck bringt, daß der Arbeitnehmer „wegen Arbeitsmangels aus Anlaß des Frostes" entlassen worden ist. 2. Diese Bescheinigung ist dem Arbeitnehmer am gleichem Tage, an welchem er wegen Frostes zur Entlassung kommt, auszuhändigen. 3. Alle Arbeitnehmer, welche aus Anlaß des Frostes entlassen werden, werden wieder eingestellt, sobald milde Witterung die Wiederaufnahme der Arbeit gestattet.

Kaufmannsgerichtsbeisitzer des AfA-Bundes! Dienstag, den 15. November, nachmittags 5½ Uhr, findet im Saal des Berliner Kaufmannsgerichts, Berlin SW. 61, Zimmerstraße 90/91, 1. Stock, die Wahl der Handlungsgehilfen für den „Ausschuß für Gutachten und Anträge" statt. Kein AfA-Beisitzer des Kaufmannsgerichts Berlin darf bei dieser Wahl fehlen. Gewählt wird die Liste „AfA-Bund". AfA-Bund, Ortskartell Groß-Berlin.

Der Streik in der Luxuspapierbranche ist beendigt. Der Schlichtungsausschuß hat von Amts wegen eingegriffen. Es ist in diesem Jahre schon das drittemal, daß der Schlichtungsausschuß in Lohnkämpfe dieser Branche eingreifen mußte. Es kam zu einem Vergleich, der dahin geht, daß den Arbeitern 50 M., den Arbeiterinnen 40 M. und den Jugendlichen 30 M. beim nächsten Lohnzahlungstage als Vorschuß gewährt werden, und daß über die Rückzahlung bei der nächsten Lohnverhandlung am 17. November eine Einigung erfolgen solle. Die Arbeit wurde am 10. November wieder aufgenommen.

Zum Streik bei der Reichsversicherungsanstalt. Die Streikleitung, in der auch der Zentralverband der Angestellten vertreten ist, teilt mit, daß der Streik weitergeht. Das Direktorium sucht durch große Inserate Streikbrecher zu gewinnen. Aus unseren Reihen sei jedermann gewarnt, nicht in diese Falle sich zu verirren. **Montag vormittag um 11 Uhr findet in den Kammersälen, Teltower Straße 1-4, eine große Betriebsversammlung statt. Wir verweisen zugleich auf das heute erschienene Inserat.**

Feststellung. Die Arbeiter der Firma Ambi-Johannisthal, Waggon-Bau, legen Wert darauf, daß bekannt wird, daß der Betrieb am 9. November vollständig ruhte und sämtliche Arbeiter den Tag durch Arbeitsruhe feierten.

Aufhebung der Sperre. Da die Tarifschwierigkeiten zwischen Filmgewerkschaft, Musiker-Verband und Prater-Lichtspiele, Kastanien-Allee, beigelegt sind, heben beide Verbände die über das Theater verhängte Sperre hiermit auf.

Arbeitersport

Hallen-Turn- und -Sportfest mit großzügigem sportlichen Programm wird am Bußtag, nachm. von 2—5 Uhr, in der Zentralturnhalle in Berlin, Prinzenstr. 70 (Moritzplatz), von der Freien Turnerschaft Schöneberg-Berlin abgehalten. Eine geräumige Galerie in dieser größten Turnhalle Berlins bietet Gelegenheit, alle Vorführungen gut zu beobachten. Eintritt 1 M. Wir bitten die Arbeiterschaft, insbesondere die Jugend, diese Veranstaltung des Arbeitersports durch zahlreichen Besuch zu unterstützen.

Ruderverein „Collegia" (Mitglied d. A. W. B.). Sitzung jeden Freitag, abends 8 Uhr, Charlottenburg, Wielandstr. 4. Mitglieder werden noch aufgenommen. Während des Winters Ausbildung im Ruderbassin.

Vereinskalender

Sonntag, 13. November.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppe Bekleidung. Nachm. 3 Uhr findet in den Gesamträumen des Vergnügungspalastes Groß-Berlin, Hasenheide 13-15 (Kliems Festsäle) ein Herbstfest statt.

Montag, 14. November.

Zentralverband der Angestellten. Gemeindebehörden, Verwaltungsangestellte. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Musikersälen, Kaiser-Wilhelm-Str. Nr. 31. — Provisions-General-Agenturen. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Reichs-, Staats- und Provinzialbehörden. Abends 7 Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — Warenhäuser. Abends 7½ Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18.

Branche der Kistenmacher. Nachm. 3 Uhr Versammlung aller in der Kisten- und Kofferbranche beschäftigten Mitglieder des Holzarbeiter-Verbandes im Englischen Hof, Alexanderstraße 27c. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen ist auf Grund der Wichtigkeit der Tagesordnung Pflicht jedes Kollegen.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Nr. 5. Abends 7 Uhr öffentliche Versammlung in Kellers Festsälen, Bergstr. 69. Referenten: Genosse Diehl und Wacher.

Mieter-Schutzverband Berlin. Treskowstr. 38. Abends 7 Uhr Mieterrats-(Mieterausschuß-)Versammlung im Stargarder Vereinshause, Stargarder Str. 3. Häuser, welche keinen Ausschuß haben, wollen einen Delegierten entsenden.

Der Bund der Atheisten (früher Bund der [illegible]) hält abends 7½ Uhr im Berliner Ratskeller eine Mitgliederversammlung ab, zu der Gesinnungsfreunde als Gäste besonders willkommen sind. Vortrag des Herrn Richard Wölicher über Urchristentum und Freidenkertum.

Verein sozialistischer Ärzte. Abends 7½ Uhr öffentliche Sitzung im Deutschen Zahnärztehaus (Gutmannsaal), Bülowstr. 104 (am Nollendorfplatz). Tagesordnung: Ärztliches aus dem Preußischen Landtag. Ref.: Herr Weyl. Gäste willkommen.

Deutscher Werkmeister-Verband. Bezirksverein 39. Metallschrauben-Industrie. Abends 7 Uhr Versammlung, Schlesische Heimat, Neue Friedrichstr. 1. Wichtige Tagesordnung.

Deutscher Transportarbeiter-Verband. Branche L. E. Export. Abends 5½ Uhr Gruppenversammlung im Lokal von Klube, Ritterstr. 22.

Zentralverband der Schuhmacher. Abends 7 Uhr Zusammenkunft der Kollegen der Anstalt- und Schuhbetriebe zwecks Abhaltung der [illegible] und Besprechung über die Verhältnisse in folgenden Lokalen: Charlottenburg: Bleich, Kaiserstr. 42. [illegible] Wedding: Wiemers, Müllerstr. 58. Neukölln: [illegible] Zietenstr. 58. Süd-Ost: Lokal [illegible]. Often: Hoffmann, [illegible] Str. 3. Norden: Henkel, Wiebestr. 18. Moabit: [illegible], Oldenburger Str. Nr. 10. Abends 6 Uhr: Branchenversammlung der mechanischen Weberabteilung Weberstr. 24; für Zuschneider bei [illegible], Köpenicker Str. 137a; für Zwicker, Zwickerinnen, Maschinenzwicker Weberstr. 17.

Dienstag, 15. November.

Vereinigung proletarischer Kinderfreunde. Abends 7 Uhr öffentliche Volksversammlung in der Stadthalle im Neuen Rathaus in Berlin, Stralauer Str. 15-22. Tagesordnung: Proletarische Erziehungsarbeit in Wien, aus der Werkstatt des Arbeitervereins Kinderfreunde. Referent: Genosse Winter, Bürgermeister a. D., Wien.

Zentralverband der Angestellten. Angestellte der Gewerbe. Abends 6 Uhr Vollversammlung, Kliems Festsäle, Hasenheide 31. — Versicherungsgesellschaften. 6½ Uhr Mitgliederversammlung in den Sophiensälen, Sophienstr. 17-18. — Bühne. Abends 8 Uhr öffentliche Versammlung in Wolfers Festsälen, Weberstr. 17. — Organisationen. 7½ Uhr Mitgliederversammlung in der Neuen Philharmonie, Köpenicker Str. 96-97. — Zigarrenhandel. Abends 8 Uhr Mitgliederversammlung im Vereinslokal, Kommandantenstr. 62-64.

Zentralverband der Hausangestellten. Ortsgruppe Berlin. Abends 7½ Uhr Bezirksabend in Wilmersdorf bei Ritter, Gasteinerstr. 6.

Musikarbeiter. Abends 7 Uhr findet im Reichenberger Hof, Reichenberger Straße 147, eine Versammlung der Fabrikbesitzerverein-leute, Obmänner und Vertrauensleute statt. Tagesordnung: 1. Ergebnis der Verhandlungen über die Teuerungszulage. 2. Ausgabe des Werkstättfragebogens.

Mieterschutz-Vereinigung Berlin (gerichtlich eingetragen). Abends 7½ Uhr in den Kollwitz-Festsälen, Gartenstr. 6, Versammlung.

Deutscher Textil-Verband. Geschäfts- und Industrieabteilung. Abends 6½ Uhr im Rosenthaler Hof, Rosenthaler Str. 11-12, große Branchenversammlung aller in Geschäften und Industriebetrieben tätigen Portiers, Fahrstuhlführer, Heizer und Reinmachefrauen. Tagesordnung: 1. Bericht von den Verhandlungen beim Demobilmachungskommissar. 2. Diskussion. 3. Beschlußfassung. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen aller Berufsangehörigen unbedingt erforderlich.

Mittwoch, 16. November.

Biesdorf. Abends 8 Uhr spricht Pfarrer Fleier über: „Du sollst nicht töten" in der Schulturnhalle. Eintritt frei. Friedensbund der Kriegsteilnehmer.

Zentralverband der Hausangestellten, Ortsgruppe Berlin. Abends 7½ Uhr Bezirksabend in Charlottenburg bei Thunack, Wielandstr. 4.

U. S. P. D.-Kriegsopfer des 17. Verwaltungsbezirks (Lichtenberg, Friedrichsfelde, Karlshorst, Kaulsdorf usw.). 7½ Uhr wichtige Besprechung im Lokal von Kabitz, Lichtenberg, Scharnweberstraße, Ecke Münsterstraße.

Deutscher Werkmeisterverband, Fachgruppe Graph. Berufe. Die Versammlung am 16. November findet nicht statt. Nächste Fachgruppenversammlung findet am 23. November, abends 7½ Uhr, im Restaurant Schultheiß, Brückenstr. 6b, statt.

Geschäftliches

Die einzelnen Preislagen der anerkannt guten Mollara-Zigarette bewegen sich in durchaus annehmbarer Grenze, so daß ihr Genuß weiterhin ein billiges Vergnügen bleibt.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Leo Lieblich, Berlin-Friedenau; für Kommunalpolitik, Lokales und Gewerkschaftliches: B. Rubner, Berlin; für den Inseratenteil und geschäftliche Mitteilungen: Ludwig Kameliner, Charlottenburg. — Verlagsgenossenschaft „Freiheit", e. G. m. b. H., Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin C. 2, Breite Straße 8-9.

In der Morgenstunde

Ges. gesch.

*Untertaillen mit Aermeln . . . M. 6.00	Herren-Handschuhe Wolle, gestr. sehr haltb. M. 8.75
Ueberzieh-Jacken Kimonoform, für Dam., rein. Wolle 94.00	Herren-Handschuhe Trikot, mit angewebtem Futter, sehr gute Qual. M. 12.00
Ueberzieh-Blusen m. lang. Aermeln Wolle, blau M. 52.00	Sweater für Kinder, Wolle . . . . M. 22.00
*Damenstrümpfe in Schwarz und Braun . . . M. 9.50	Herren-Hosen in guten Qualitäten 55.00
Herrenhemden festes, gutes Geweb. 20.00	Feldgraue Militärhosen . M. 125.00
Herrenhemden Vigogne in allen Größen 42.00	Militär-Drellhosen reinlein., i. ganz vorzügl. Qualit. 60.00
Herren-Unterhosen festes, gutes Gewebe M. 15 12.50	Jünglings-Anzüge bestehend aus Joppe u. Hose, sehr haltbarer Stoff . . . . M. 40.00
Herren-Unterhosen Vigogne . M. 29.00	Jünglings-Anzüge dreiteil., besteh. aus Jacke, Hose und Weste . . . . M. 98.00
*Filz- u. Stepphüte moderne Farben und Fassons M. 39.00	Herren-Ulster in schwerer, sehr haltbarer Qualität M. 150.00
*Hosenträger in sehr guter Ausführung, dauerhaft . . . M. 7.50	Schwarze Pilot-Anzüge für Eisenbahner geeignet M. 150.00
Schals für Herren und Damen, reine Wolle . . . . von M. 39.00 an	Winter-Anzüge aus engl. Leder, mit dickem Futter, für Land u. Feld, auch für Schofföre geeignet von M. 200.00 an
Schals für Herren und Damen, K.-Seide in modernen Farben . . . . M. 45.00	Herren-Sportkragen Größe 38-39 M. 2.50 1.50
Herren-Socken gute Qualität . M. 4.50	Sport-Stutzen Wolle, haltbare Qualität . . . . . M. 17.50
Herren-Socken Wolle, schwere, gute Qualität . . M. 7.50	Wickel-Gamaschen reine Wolle, gewirkt . M. 32.00
Herren-Socken Wolle, Pr. Qualität, schwere Ware M. 10.00	Drellanzüge schwere, reinl. Ware, gut verarbeitet . . M. 110 98.00
Barchent-Decke als Schlafdecken und Laken verwendbar, 140 × 190 cm groß, 1020—1040 schwer . . . . M. 36.00	Feldgraue Röcke loch- und rißfrei 39.00

Engl. Offiziersmäntel in braunmelierter Farbe, aus dickem, wetterfestem und wasserdichtem Wollstoff, mit wollenem Leibfutter . . . 550.00

Pelzjoppen und Fahrpelze von . . . . M. 470.00 an

BAER SOHN

Berlin nur Chausseestr. 29/30.

Anm. Unsere Angebote sind stets freibleibend.
Aufträge von außerhalb werden in der Reihenfolge des Einganges ausgeführt.

Die mit * bezeichneten Sachen werden nur in beschränktem Umfange abgegeben und gelangen nicht zum Versand.

-das sparen Sie

wenn Sie zum Waschen das in allen Gauen Deutschlands beliebte und altbewährte selbsttätige Waschmittel

PERSIL

gebrauchen.

Es spart Geld, weil es keinen weiteren Zusatz von Seife, Seifenpulver usw. erfordert, daher das Waschen verbilligt und die Wäsche schont!

Es spart Kohle, weil nur einmaliges viertelstündiges Kochen nach vorherigem Einweichen in Persillauge nötig!

Es spart Zeit, weil es gleichzeitig wäscht und bleicht, Rasenbleiche ersetzt und die Waschdauer verkürzt!

Es spart Arbeit, weil es ganz von selbst wäscht, völlig mühelos, ohne Waschbrett, ohne Reiben und Bürsten!

Persil ist ohne jede Schärfe, enthält keine schädlichen Bestandteile, greift das Gewebe nicht an und gibt eine schöne fette Lauge, löst Staub und Schmutz völlig, entfernt die hartnäckigsten Flecken und macht die schmutzigste Wäsche blendendweiß, frisch und duftend, wie auf dem Rasen gebleicht.

In Friedensqualität wieder überall erhältlich.

Nur in Original-Packung, niemals lose!

Der beste Lehrmeister ist ein Versuch!

Alleinige Hersteller: Henkel & Cie. Düsseldorf auch der allbekannten „HENKO" Henkel's Wasch- und Bleich-Soda

Preis das Paket Mk. 5.—

Gobelins und Bilder französische oder russische, auch Stücke, werden sofort gekauft. Gefl. Nachricht unter Chiffre „C 101", Exped. der „Freiheit", Breite Str. 8-9.

Kropf behandelt erfolgreich ohne Operation schmerzlos und ohne Berufsstörung. Bei Mißerfolg Geld zurück. Heilanstalt und Röntgeninstitut C. Wolbert, Brunnenstr. 191, Nähe Rosenthaler Platz. Sprechst. 10-12 u. 4-6, Sonntags 10-12.

Altmetalle kauft zu Engrospreisen H. Kousch, O 27, Alexanderstr. Engros. Blankenfelder Straße 5, Nähe Alex. oberst. Fahrkosten werden vergütet.

Frauenhaare ausgek., kauft zu höchst. Preisen Haarhandlg. Kaiser-Wilhelm-Str. 39

PELZWAREN auf Teilzahlung Pelzwarenfabrik Kallis Tile-Wardenberg-Straße 11 am Bahnhof Tiergarten

Genossen werbt für unser Blatt!